

Bezugspreis:
Vierteljahr 30,- M., monatlich 10,- M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10,- M. einschließlich
Anschlagsgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Rheinland, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Luxemburg 20,- M. für
das übrige Ausland 27,- M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wort und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erziehung und Kämpfer“
erscheint modernmäßig zweimal, Sonntags
und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Kompositorenzeile
kostet 6,- M. „Kleine Anzeigen“
das letzte gebuchte Wort 2,- M. (zu-
fällig zwei letzte gebuchte Worte), jedes
weitere Wort 1,- M. Stellenanzeigen
und Schließzeilenanzeigen das erste
Wort 1,- M., jedes weitere Wort
60 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50 Hg. M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zustellungsbeitrag.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 5 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Gedruckt
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Vorwärts 15195-97
Expedition Vorwärts 11753-54

Mittwoch, den 21. September 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Vorwärts 11753-54

Eine taktische Wendung.

Berlin, 20. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Parteitag hat gestern mit einer großen Mehrheit, 290 gegen 67 Stimmen, den Antrag des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses zur Regierungsbildung angenommen. Er hat damit zugleich alle anderen Anträge zum gleichen Gegenstand für erledigt erklärt, unter ihnen auch einen neu gestellten, der eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei ausdrücklich untersagt. Damit ist der Sinn des Parteitagbeschlusses eindeutig festgestellt. Dem Parteivorstand und der preussischen Landtagsfraktion ist der Weg freigemacht worden zu Verhandlungen über eine eventuelle Koalitionsbildung, in die auch die Deutsche Volkspartei mit eingeschlossen sein kann. Die Sozialdemokratie wird in Zukunft nicht fragen, welche parteimäßige Abstempelung die Männer tragen, mit denen ihre Genossen gemeinsam auf der Regierungsbank sitzen wollen, sondern sie wird ihre Entschlüsse lediglich einrichten nach der Gestaltung des zu vereinbarenden Regierungsprogramms und nach den sachlichen Garantien, die für seine Verwirklichung gegeben werden.

Es ist ein Versuch, der unternommen wird, und niemand vermag zu sagen, ob er glücken wird. Möglich, daß die Verhandlungen, die sich zunächst auf die preussische Regierungsbildung beziehen werden, scheitern, möglich auch, daß der Versuch, kaum, daß er unternommen wurde, wieder abgebrochen wird. Nach der überwiegenden Meinung des Parteitages dürfte aber unter den gegebenen Verhältnissen dieser Versuch nicht von vornherein unmöglich gemacht werden. Es steht auf dem Spiel.

Die Deutsche Volkspartei weiß, daß es der Sozialdemokratie um die Verteidigung der Republik verteuert ernst ist und daß sie eine erweiterte Koalition einzig und allein zu dem Zweck in Erwägung zieht, diese Verteidigung wirkungsvoller zu gestalten.

Jeder Minister, er entstamme welcher Partei er wolle, der sich mit der Sozialdemokratie zusammen auf die Regierungsbank setzt, weiß, daß er nicht nur für seine republikanische Zuverlässigkeit sein Wort zu geben hat, sondern daß er auch beim Wort genommen werden wird. Durch ihren bloßen Eintritt in eine Regierung mit den Sozialdemokraten zusammen würde daher die Deutsche Volkspartei Verpflichtungen übernehmen, denen sie sich nicht ohne schwere Gefahren für das ganze Volk und für sie selbst mehr entziehen kann.

Daß der Beschluß des Parteitages nicht sofort die Zustimmung aller Genossen im Lande finden wird, läßt sich unschwer voraussehen. Wir wollen dabei nicht von dem oder jenem sprechen, der dann aus der Partei davonläuft, weil ihm der Beschluß der höchsten Parteinstanz nicht paßt. Um die Leute, die ihrer Gemeinschaft die Treue aufgeben, weil ihnen etwas, was beschlossen worden ist, nicht paßt, ist es nicht schade. Wir wenden uns vielmehr an diejenigen Parteigenossen, denen die Treue zur Partei eine Selbstverständlichkeit ist, und die vielleicht gerade deshalb den Folgen des gefaßten Beschlusses mit Mißmut und Sorge entgegensehen. Diesen Genossen sei gesagt: Aus Lust an Ueberraschungen und zum bloßen Vergnügen haben die 290 Parteitagdelegierten nicht für diesen Beschluß gestimmt. Alle Einwendungen gegen ihn waren ihnen wohl bekannt, und die Gefühle, die ihm widerstreben, sind auch ihnen nicht fremd. Wenn sie ihn trotzdem gefaßt haben, so geschah dies nach der ihnen gewordenen Erkenntnis der Dinge, aus der Ueberzeugung heraus, daß dieser gewagte Schritt — wer bezweifelt, daß er gewagt ist? — nicht ungetan bleiben konnte.

Der Beschluß, der eine Erweiterung der Koalition ermöglicht, ist eine logische Folge der Koalitionspolitik selbst. Die bürgerlichen Mittelparteien, mit denen die Sozialdemokratie zur Regierungsbildung verbunden war, fühlen sich der Deutschen Volkspartei so wesenverwandt, daß sie eine Grenze nach rechts, dort, wo wir sie gesucht haben, nicht finden. Es ist ja eine altbekannte Tatsache, daß die Grenze zwischen Nationalliberalen und Freisinnigen stets schwankend gewesen ist und daß auch Nationalliberale und Zentrum viel Gemeinsames haben. Die Frage mußte sich über kurz oder lang zur Entscheidung stellen, ob die Sozialdemokratie den Versuch einer Koalition mit der gesamten bürgerlichen Mitte machen, oder ob sie auf die Koalitionspolitik überhaupt verzichten wollte.

Der Verzicht auf die Koalitionspolitik überhaupt bedeutet aber unter den gegenwärtigen Umständen nichts anderes, als den kaum noch vermeidbaren Bürgerkrieg. Es wäre geradezu ein Hohm, wenn die Verteidigung der bedrohten Republik den bürgerlichen Parteien allein überlassen bliebe. Die Opposition aber kann eine bestehende Staatsform kaum anders schützen, als indem sie sich zu ihrer Verteidigung eigene Machtmittel schafft, wobei sie mit unabweislicher Notwendigkeit in einen Konflikt mit der bestehenden Staatsgewalt gerät. Um Deutschland vor den Gefahren eines offenen Bürgerkrieges zu schützen, macht die Sozialdemokratie den letzten Versuch, den Schutz der

Republik von den leitenden Stellen der Republik aus selbst zu bewirken. Das kann sie aber nur, wenn sie in der Regierung bleibt und in den Einzelstaaten, vor allem in Preußen in die Regierung hineingeht. Mißlingt dieser Versuch, weil bürgerliche Koalitionsmitglieder ihre lokale Mithilfe versagen, dann tragen diese die Verantwortung für alles, was daraus folgt.

Ueber die Erweiterung der Koalition ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Es kann sein, daß die Kritiker recht behalten. Sie sollen sich dann nur aber auch darüber klar sein, daß die Folgen, die sich dann ergeben, schwer und ernst sein werden. Wir stehen im Kampf. Was jetzt geschieht, ist eine taktische Wendung, und wenn sie den immerhin möglichen Erfolg nicht bringt, dann wird der Kampf schärfer denn je entbrennen. Wir können für die nächste Zeit nicht Verwirrung und Zersplitterung brauchen. Wir halten es mit dem Wort Scheidemanns, daß Koalitionen vergänglich sind, daß aber unzerstörbar bleibt die innere Zusammengehörigkeit der Arbeiterklasse. Wir brauchen notwendiger denn je Einigkeit, Bereitschaft, Disziplin!

Seere Kombinationen.

Die „Bos. Ztg.“ stellt in ihrer Dienstagabend-Ausgabe die Behauptung auf, daß die Verhandlungen zwischen dem preussischen Ministerpräsidenten Siegerwald und der Sozialdemokratie über die Regierungsumbildung in Preußen schon soweit gediehen seien, daß nur noch ein Görlicher Parteitagbeschluss die Veröffentlichung der neuen Ministerliste verzögere. Tatsächlich bringt die „Bos. Ztg.“ bereits die Verteilung der Ministerposten unter die Parteien und nennt als sozialdemokratische Minister sogar schon Seering, Otto Braun und Professor Dr. Raddbruch.

Wie die SPD auf Rückfrage in Görlich erfahren, ist diese Sensationsmeldung eine völlig aus der Luft gegriffene Kombination. Hingegen hat am gestrigen Tage in Görlich eine private Besprechung der dort anwesenden preussischen Landtagsabgeordneten stattgefunden, die sich vollkommen darüber einig waren, daß vor Zusammenritt des Landtags und vor Beratungen der sozialdemokratischen Fraktion weitere Schritte in der Frage der Regierungsbildung in Preußen nicht unternommen werden könnten.

Ebenso beruhen Meldungen der „Kölnischen Zeitung“ über ein Kabinett Porch in Preußen mit Siegerwald als Kultusminister und ein Reichskabinett Böbe-Stresemann-Rathenau mit Keil als Finanzminister auf Kombinationen, die jedes realen Untergrundes entbehren.

Der neueste Justizskandal.

München, 20. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der Prozeß gegen den Nürnberger Unabhängigen Landtagsabgeordneten Fischer vor dem Münchener Volksgericht wegen hochverrätherischer Ausübung der Republik Nordbayern hat zu einem geradezu unverständlichen Justizskandal der Bayerischen Volksgerichtsinstitution geführt. Fischer hatte am 8. September in einer Versammlung in München eine Rede gehalten, die den Staatsanwalt veranlaßte, ihn zwei Tage später in Nürnberg festzusetzen. Es ist auch diesmal kein Zufall, daß diese Beschlagnahme des Strafverfahrens in dieser Weise abwickelte wurde. Denn auch diesmal steht der Landtagsabgeordnete unmittelbar bevor. Alle Zeugen, darunter auch Vertreter der bürgerlichen Presse, bekundeten, daß Fischer die Maßnahmen, die auf eine Proklamation der Republik Nordbayern hinzielen, bedingungsweise angekündigt hat. Andere Zeugen erklärten, Fischer habe die Ankündigung für den Fall in Aussicht genommen, daß Kahr dochbeinig sei. Andere hatten den Eindruck, die angekündigte Maßnahme solle eintreten für den Fall, daß es die Regierung Kahr zum Verfassungsbrüche kommen lasse. Fischer selbst und Zeugen aus Nürnberg, die an den Verhandlungen der sozialistischen Parteien teilgenommen hatten, erklärten, es habe sich selbstverständlich lediglich um das verfassungsmäßige Volksbegehren auf Abtretung Nordbayern gehandelt.

Der Staatsanwalt erklärte, Fischer habe nicht eine verfassungsmäßige Abtrennung, sondern ein gewalttätiges Eingreifen der Arbeiterklasse im Auge gehabt. Dabei versieg er sich zu folgender Theorie: Selbst wenn die Regierung in Bayern dazu übergehen würde, einen offenen Konflikt mit dem Reich herbeizuführen, selbst dann würde Nordbayern nicht berechtigt sein, sich von Bayern zu trennen, und die Bevölkerung Nordbayerns hätte dann zu warten, wie sich die beiden Regierungen über den Konflikt verständigen.

Die Reichsregierung wird sich ja für diese Theorie besonders interessieren. Schließlich wurde das Urteil — 1 Jahr und 3 Monate Festung — gefällt, ohne den Tatbestand in Nürnberg irgendwie zu klären, lediglich auf die Zeugenaussagen der in den Münchener Versammlungen anwesenden Pressevertreter hin. Die Urteilsbegründung enthielt die Aeußerung, daß nicht an den Artikel 18 der Reichsverfassung gedacht werden könne, sondern daß es sich um ein gewalttätiges Unternehmen, eine Abspaltung der Selbstständigen der Münchener Arbeiterklasse gehandelt habe.

Angst vor deutscher Konkurrenz.

Rom, den 18. September 1921. (D. L.)

Nichts ist natürlicher, als daß ein Land mit verhältnismäßig junger Industrie wie Italien die Konkurrenz der Länder mit niedriger Valuta fürchtet. Da unter diesen Ländern augenblicklich außer der Tschechoslowakei nur Deutschland ein Industrieland ist und daher allein für die Eroberung des italienischen Marktes in Betracht kommt, wendet sich die Besorgnis gegen die deutsche Industrie, wie sich die Hoffnungen der armen italienischen Konsumenten auf Deutschland richten, von dem man eine Herabsetzung der auf die amerikanische, englische und französische Valuta eingestellten Preise für Industrieprodukte erwartet. Die Elemente der verminderten Konkurrenzfähigkeit der italienischen Industrie sind bekannt: Mangel an Kohle, Mangel an Eisen, zum Teil auch Rückständigkeit der industriellen Organisation und übermäßige Abgabenlast der gewerblichen Unternehmungen. Fügt man hinzu, daß bei den Schwankungen der Valuta die italienische Valuta dem Schicksal der Länder mit entwertetem Gelde folgt, daß also, wenn die deutsche Mark sinkt, es der italienischen Valuta ebenso ergeht, so daß zwar in Italien die Mark billiger, gleichzeitig aber der französische und belgische Franken, das Pfund und der Dollar teurer werden, so kann man sich denken, daß sich die Konkurrenzbedingungen der italienischen Industrie außerordentlich ungünstig und unsicher gestalten müssen.

Denn bei der Monopolisierung der Rohstoffe durch die Großmächte der Entente, mit Ausnahme Italiens, ergibt es sich von selbst, daß Italien seine Rohstoffe da kaufen muß, wo die Valuta hoch ist, denn, wer Rohstoffe hat, hat eben hohe Valuta. Sinkt also der italienische Wechsel, so verteuern sich für Italien die Rohstoffe, und da gleichzeitig die Mark sinkt, und zwar in höherem Maße als die Valuta, so verteuern sich die deutschen Industrieprodukte. Die Konkurrenzfähigkeit der einheimischen Industrie wird also gleichzeitig von zwei Seiten angegriffen und kann dem doppelten Angriff nicht standhalten.

Nun wäre es ja in der Theorie sehr einfach gewesen, die deutsche, wie die tschechoslowakische und die deutschösterreichische Konkurrenz ganz aus dem Felde zu schlagen, indem man die vom Kriege her bestehenden Einfuhrverbote aufrecht erhielt. Bei aller Unnatur und bei all den absurden Unterbindungen unseres Wirtschaftslebens war aber das denn doch unmöglich, da Italien einmal nicht nur Industrieprodukte erzeugt, sondern auch landwirtschaftliche Produkte, für die es mitteleuropäische Märkte braucht, und da zweitens seine Politik nicht nur von den Interessen der Industrie, sondern auch von denen der Konsumenten beherrscht wird. Ist doch jeder in irgendeiner Weise Konsument industrieller Erzeugnisse, welche Erzeugnisse ihm in Italien nicht auf der Grundlage des inländischen Herstellungspreises, sondern auf der des englischen, französischen, belgischen usw., also mit Valutaverlust, Transportkosten und Zoll berechnet wurden. Der italienische Konsument war der Leidtragende der Entwertung des italienischen Geldes: wer erinnert sich nicht noch, für eine Nähmadel 15 Centesimi und für eine Schere 20 Lire bezahlt zu haben! Um dieser Notlage abzuhelfen, wurde im März das Handelsabkommen mit der Tschechoslowakei, dann im August das mit dem Deutschen Reich geschlossen. Und so sind die Konturrieren da und ihr Vordringen erfolgt automatisch, wie sich nach dem Gesetz der kommunizierenden Röhren ein gleiches Niveau in Wasserbehältern herstellt, zwischen denen ein Austausch möglich ist.

Ein typisches Beispiel bietet die italienische Glasindustrie. Vor dem Kriege existierten in Italien 331 Betriebe mit 17 754 Arbeitern und 4215 Pferdekräften. Der Wert der Jahresproduktion betrug 1912 etwa 33 Millionen Lire. Dann kam der Krieg, der der Industrie durch Ausschluß des auswärtigen Wettbewerbs ein künstliches Treibhausmischschuf; es wurde die Herstellung von Präzisionsgläsern, von wissenschaftlichen Instrumenten usw. unternommen und die Zahl der Arbeiter stieg auf 25 000. Der Preis des „Fiasco“, der vor dem Kriege 5 bis 10 Centesimi betrug, erhöhte sich auf eine Lira und darüber. Mit dem Frieden kam die Krise. Alles Rohmaterial kommt aus dem Ausland, die Erdbarten vorwiegend aus Belgien. Belgische Glasbecken kosten 135 Lire weniger pro Meterzentner als italienische, böhmische Flaschen aus dunklem Glas 85 Lire weniger, trotz Transport und Zoll. Die Konkurrenz war unmöglich und die Betriebe sind heute fast alle geschlossen, während die Glaswaren im Preise fallen, da die böhmische Produktion maßgebend wird.

Rechtliches geschieht in der italienischen Filmindustrie. Im Jahre 1920 waren von 352 in Italien aufgeführten Filmen 222 im Lande selbst hergestellt; nur 44 stammten aus Deutschland, und zwar nur aus der zweiten Hälfte des betrachteten Jahres. In der ersten Hälfte von 1921 sind dagegen 270 deutsche Filme aufgeführt worden und 168 amerikanische (gegen 67 im Jahre 1920). Dafür sind 85 Proz. der italienischen Betriebe für die Herstellung von Filmen geschlossen. Diese Daten beziehen sich auf die Zeit vor dem deutsch-italienischen Handelsabkommen, das auch die Produkte

der Textilindustrie der Ein- und Ausfuhr freigibt. Wie soll Italien aber nach Deutschland ausführen, wenn man für einen Lire vier oder gar fünf Mark bekommt?

Biel großartiger ist der Prozeß der Wärmung der italienischen Industrie durch die deutsche Konkurrenz in der Metall- und chemischen Industrie, aber gerade wegen seiner Großartigkeit ist er weniger zu übersehen und bis jetzt noch nicht statistisch zu erfassen. Einiges darüber läßt sich aus der Statistik des gesamten Außenhandels mit dem Deutschen Reich erschließen. Als am 1. Januar 1920 die Grenzen geöffnet wurden, belief sich im ersten Monat die Einfuhr aus Deutschland auf einen Wert von 26 Millionen Lire, dem eine italienische Ausfuhr nach Deutschland für 25 Millionen gegenüberstand. Dann stieg aber die deutsche Einfuhr von Monat zu Monat und betrug im Dezember schon 133 Millionen. Im ganzen Jahre hatte Italien aus Deutschland für 821 Millionen eingeführt und nur für 360 Millionen ausgeführt. Im laufenden Jahre dürfte sich die deutsche Ausfuhr schätzungsweise auf eine Milliarde und 300 Millionen erhöhen, die nicht zur Hälfte durch die italienische Ausfuhr nach Deutschland gedeckt werden dürfte. Gewiß schließt die deutsche Einfuhr auch Rohprodukte ein, so namentlich Eisen und Kohlen, aber der größte Teil sind fertige gewerbliche Erzeugnisse. Dabei belief sich nach offiziellen Angaben die Zahl der Arbeitslosen in Italien am 1. September auf 438 747, mit einem Zuwachs von 25 000 gegenüber dem 1. August. Fast der vierte Teil der Arbeitslosen entfällt auf die hochindustrielle Lombardei. Von landwirtschaftlicher Arbeitslosigkeit ist in dieser Jahreszeit kaum die Rede.

Diese ungeheure erste Woge, die sich automatisch verschärft hat, ist eine unmittelbare Folge jenes Moments menschlichen Unverstandes, das sich die Entente in Versailles geleistet hat. Man hat dort die im Kriege unterlegenen Länder in ihrer wirtschaftlichen Existenzmöglichkeit zu treffen gesucht, was bei Deutschland so gut gelungen ist, daß man ihm sein wirtschaftliches Rückgrat brach. Da man dem Deutschen Reich nicht alle Rohstoffe nehmen, seine industrielle Organisation nicht zerstören konnte, ist es, trotz Versailles eine industrielle Macht geblieben, ist aber durch seine ausgeblutete Finanz und die daraus folgende Entwertung seiner Valuta, trotz aller Abwehrmaßnahmen der Entente, der konkurrenzfähigste Staat auf dem Weltmarkt.

Die Ententemächte erster Klasse, England, Frankreich und Belgien, können sich gegen die deutsche Konkurrenz im eigenen Lande schützen, denn sie können ihren Bedarf an Industriewaren selbst herstellen. Italien kann das nicht, denn bei der Aufteilung der Rohstoffe haben die Verbündeten seine Existenz übersehen. Es ist auf Ausland angewiesen. Aber die Entente, die den italienischen Markt auch nicht verachtet, schließt sich selbst durch ihre hohe Valuta von ihm von Tag zu Tag mehr aus und wird von Deutschland verdrängt.

Gegen diesen Vorgang, dessen Wurzeln, wie gesagt, bis nach Versailles zurückreichen, sucht man nun in Italien allerlei Quacksalbereien anzuwenden. Die ganze Industrie schreit nach Schutzgönnen, die Schwerindustrie nach Fabrikationsprämien, wobei sie vergißt, daß die heutige Steuerlast bereits die Leistungsfähigkeit des Landes übersteigt, während die Prämien doch aus dem Säckel kommen müssen, den der Steuerzahler füllt.

Am energischsten betreibt die Metallindustrie, die über weitverbreitete Blätter, wie den römischen „Messaggero“, verfügt, die Kampagne gegen die „deutsche Invasion“. Wenn sie schon durch die Ungunst der natürlichen Verhältnisse nicht mit der deutschen konkurrieren kann, so will sie wenigstens Kanonen und Panzer bauen, für die es keine deutsche Konkurrenz gibt. Darum braucht sie einen trüben internationalen Himmel. Daher die blöden Andeutungen von deutschem Gelde, das den italienischen Kommunisten zufließen soll und solche Erfindungen mehr.

Anstatt sich zu sagen: unsere Wirtschaftskrise ist eine Frucht der unnatürlichen wirtschaftlichen und finanziellen

Lage, die man in Versailles ausgeklügelt hat, und kann nur aufhören, wenn auch in Mitteleuropa normale Verhältnisse eintreten, sucht man in Italien glauben zu machen, daß Italien das Opfer deutscher Intrige sei, und schreit nach Schutz durch die Regierung. Daneben dämmert die Erkenntnis auf, daß Italien Opfer seiner eigenen Bundesgenossen ist. Aus alledem entsteht ein Gefühl der Zurücksetzung und Erbitterung, aus dem die Schwerindustrie die Stimmung für neue Rüstungen herausdestillieren möchte. Sie denkt wohl wie die Homöopathen, daß man Gleiches mit Gleichem kurieren müsse: die von Kanonen gekommene Not durch Kanonen! Aber die italienische Krise, die ihre Wurzeln in den dreijährigen Irrtümern der Ententediplomatie hat, wird nicht so leicht zu kurieren sein. Vor allem wird die „lokale Behandlung“ nicht hinreichen.

Ministerium Lerchenfeld?

München, 20. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die bayerische Ministerkrise ist eben in ein neues, voraussichtlich letztes Stadium eingetreten. Die „Bayerische Staatszeitung“ beschreibt den kommenden Mann so deutlich, daß ein Zweifel an der Person kaum mehr möglich ist. Wie wir soeben erfahren, wird Graf Lerchenfeld von der Bayerischen Volkspartei den Koalitionspartnern vorgeschlagen werden. Die endgültige Entscheidung fällt jedoch morgen. Lerchenfeld entstammt einer alten bayerischen Adelsfamilie, hat während des Krieges in Polen sich als Verwaltungsbeamter bewährt und steht gegenwärtig im Reichsdienst. Sein Vater war der bekannte bayerische Gesandte in Berlin. Ob die Deutschnationale Volkspartei sich an der neuen Koalition beteiligen wird, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Das Verhalten ihrer Presse spricht nicht dafür. Die deutschnationale „Augsburger Abendzeitung“ gefaßt sich darin, ihren Zorn über den Verlauf der Dinge in wüsten Beschimpfungen an linksstehenden Politikern auszulassen. Sie wirft in ihrer heutigen Abendnummer dem Staatskommissar Weismann unter Berufung auf den „Bayerischen Courier“ vor, er habe aus Gründen persönlicher Verwandtschaft die illegale Freilassung des kommunistischen Führers Toller betrieben. Wie sehr aber dieses bayerische Beamtenblatt in den Dienst altpreußischer Sozialistenhege getreten ist, beweist die Beschimpfung des Genossen Hermann Müller: „Diesem Hermann Müller schwole der rote Kamm vor Stolz, als er den Schmachfrieden von Versailles persönlich unterzeichnen durfte.“

Im übrigen ruft die Deutschnationale Volkspartei als letztes Mittel zu Neuwahlen auf. Die Rundgebung des Landesauschusses lautet:

„Die Befragung des Volkes ist unerlässlich, denn über die Frage Staat oder Provinz, Föderalismus oder Unitarismus darf allein das Volk entscheiden.“

So demokratisch gebärden sich plötzlich die Erzfeinde der Demokratie! Schließlich tröstet man sich in der Reichspresse mit der Hoffnung, daß Rahr jedenfalls als Staatspräsident wiederkehren werde und macht unterdessen die Strafe durch eine Anzahl von Flugblättern mobil, in denen die sozialistischen Führer in den Schmutz gezogen werden und eine wüste antisemitische Hege betrieben wird. Hoffentlich wird der neue Mann das Staatssteuer bald fest in die Hand nehmen und die Ueberreste des alten Systems Rahr über Bord werfen.

Ein reinigendes Gewitter?

München, 20. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Beratungen der Bayerischen Volkspartei über die Wahl eines neuen Ministerpräsidenten hatten heute abend nach heftigen Kämpfen ein reinigendes Gewitter ausgelöst. Der Abgeordnete Dr. Zahnbrücker, der Führer der Opposition gegen die Politik des Parteivorsitzenden Heß und unentwegter Anhänger Rahr, wurde soeben wegen groben Vertrauensbruches aus der Partei ausgeschlossen. Zahnbrücker hatte heute morgen in der offiziell parteilosen, in Wirklichkeit aber deutschnationalen „Münchener Zeitung“ scharfe Angriffe gegen die Parteileitung gerichtet, im Begriffe zu seiner Partei Neuwahlen verlangt und die Rückberufung Rahr gefordert. Die Verhandlungen mit Berlin

sollten seiner Ansicht nach den parlamentarischen Kommissionen entzogen und mit allen Vollmachten einzig und allein Herrn v. Rahr übertragen werden. In seinem Vorgehen fügte sich Zahnbrücker auf ein Telegramm der Chemigauer Bauern, welche von ihm das rücksichtslose Festhalten an Rahr verlangten und die Drohung ausstießen, jeden, der eine gegenteilige Ansicht vertritt, als Verräter am bayerischen Volk zu behandeln. Dieser Appell an die Straße und die sorgfältigen Vertrauensbrüche, die sich Zahnbrücker zugunsten deutschnationaler Kreise hat zuschulden kommen lassen, führten zu seinem Ausschluss. Damit ist hoffentlich der letzte Sperrballen gefallen, der Bayern aus der Ära Rahr-Poehner von einer neuen Zukunft trennt.

Berlin, 20. September. (M.B.) Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit: Auf die Anfrage des „Bayerischen Couriers“, ob ich mit dem unabhängigen Führer Toller verwandt sei und für seine Freilassung ein besonderes Interesse gezeigt habe, erkläre ich, daß ich mit Toller in keiner Weise verwandt oder verschwägert bin. Ich kenne Toller überhaupt nicht. Ich hatte lediglich eine Anregung mehrerer Personen, Toller zum Besuch seiner schwer kranken Mutter vorübergehend zu beurlauben, der Polizeidirektion München zum Befinden weitergegeben.

Oesterreichs Arbeiter für die Republik.

Wien, 20. September. (M.B.) Die Wiener sozialdemokratische Vertrauensmännerversammlung, die über die politische und wirtschaftliche Lage beriet, hat nach einer ausführlichen Rede Dr. Otto Bauers einstimmig eine Resolution angenommen, worin der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten und die Gewerkschaftskommission angesichts des Vorgesagens der bürgerlichen Finanzpolitik aufgefordert werden, selbst die Richtlinien eines umfassenden Finanzplanes zu entwerfen und zu verlangen, daß der Finanzplan im Einvernehmen mit den Vertretern der Arbeiterschaft festgesetzt werde. Die Resolution billigte alle Bemühungen, den von Horsthy Ungarn bedrohten Frieden zu erhalten und neues Blutvergießen zu verhindern. Sollte aber das weiße Ungarn die Republik angreifen, um eine monarchistische Reaktion auch in Deutschösterreich zum Siege zu führen, dann werde die Arbeiterschaft zu den Waffen greifen, um die Republik gegen alle äußeren und inneren Feinde zu verteidigen.

Verstärkter Rechtskurs im Reichsernährungsministerium? Staatssekretär Huber vom Reichsernährungsministerium tritt zurück. Wie dazu mitgeteilt wurde, befindet sich unter den Anwärtern auf seine Nachfolge Ministerialdirektor Heinrich, ein als sehr geschickt bekannter Reaktionsär, der in hohem Maße für die Preisbildung und Preispolitik dieses Ministeriums gewirkt hat. Nachdem bereits ein stark rechts gerichteter Mann, Dr. Herms, vom Zentrum als Fachminister in diesem Amt gehalten wurde, wäre es zum mindesten Sache des politischen Kaltes, vor der Neubestellung des Staatssekretärs mit den politischen Parteien in Fühlung zu nehmen, um zu verhindern, daß die von den republikanischen Parteien bewilligten leitenden Posten nicht ganz und gar im Sinne der republikanisch uninteressierten oder der Republik feindlichen Kreise besetzt werden.

Zur Verhaftung des Leutnants Wilhelm Heinz meldet T.L.: Der unter dem Verdacht der Mitwisserschaft an der Ermordung des Reichstagsabgeordneten Erzberger verhaftete Leutnant a. D. Wilhelm Heinz leugnet ganz entschieden, mit der Tat etwas zu schaffen zu haben oder auch nur eine Ahnung von dem bestehenden Plan der Ermordung gehabt zu haben. Der nach der Ermordung Erzbergers verhaftete Küllinger wollte am Sonntag vor acht Tagen in Frankfurt a. M. bei Heinz zum Besuch.

„Deutsch-Oesterreichischer Ausverkauf“. In diesem Artikel unseres Wiener Korrespondenten war von einem Konsortium die Rede, das sich um Verkauf der Wöllersdorfer Werke bemüht. Die darin als Mitglied dieses Konsortiums genannte Firma Schlegel-Trier u. Co. legt Wert darauf, festzustellen, daß sie weder diesem Konsortium angehört, noch irgendwelche derartigen Geschäfte in Deutschösterreich für sich allein oder in Verbindung mit anderen Firmen betrieben hat oder betreibt.

Die Entstehung der Gartenstädte.

Der Name Gartenstadt gehört zu jenen Worten, die schon durch ihren Klang einen Zauber auf uns ausüben; das unserer Zeit eigentümliche Sehnen nach der Natur und nach besseren Wohnverhältnissen drückt sich in ihm aus.

Die Anfänge der deutschen Gartenstadtbewegung stehen im engsten Zusammenhang mit der englischen. Zwar hat bereits im Jahre 1896 der Deutsche Theodor Friess in seiner Schrift: „Die Stadt der Zukunft“ die Ziele der deutschen Gartenstadtbewegung größtenteils gezeichnet. Es wird darin der planmäßige Aufbau von Städten nach einem System gelehrt, das mit den gesundheitlichen und schönheitlichen Interessen auch allerlei praktische und technische Vorteile verbindet. Die eigentliche Stadt ist in Zonen gegliedert, deren jede einzelne bestimmten wirtschaftlichen Aufgaben dient; vor allem aber sind über das Ganze Gärten und Parks reichlich verteilt, so daß den gesundheitlichen Ansprüchen voll Genüge geleistet wird. Aber erst das zwei Jahre später erschienene Buch des Engländers Howard: „Garden Cities of To-morrow“ (Gartenstädte in Sicht) gab den Anstoß für die praktische Gartenstadtbewegung, wobei die Entwicklung der englischen Wohnkultur der Gartenstadt einen günstigeren Boden bereitet hatte als in Deutschland. Der Verfasser legte überzeugend dar, daß vernünftige Wohnverhältnisse für die weniger bemittelten Klassen nur auf zwei Grundlagen geschaffen werden könnten: einer gesunden Bodenreform und einer planmäßigen, allen Verkehrs- und Betriebsverhältnissen Rechnung tragenden Anlage. Das Problem der Gartenstadt ist also gleichzeitig eine bodenreformerische und eine städtebauliche Frage.

Howards Buch wirkte in England so stark, daß sich bald eine Gesellschaft bildete, die dessen Gedanken in die Tat umzusetzen begann. Es entstand die Gartenstadt-Bewegung, die heute bereits eine ansehnliche Ausdehnung gewonnen hat. Weitere Gartenstädte, so vor allem die Gartenstadt Hampstead bei London, sind in raschem Aufblühen begriffen. Die anmutigen Anlagen verfehlen nicht, auf den in England Reisenden ihren bestirrenden Reiz auszuüben. Besonders überraschten die innige Verbindung zwischen Natur und Menschenwerk und die gute Architektur der Häuser. Diese war allerdings nur möglich infolge der jahrhundertlang Tradition in gutem Hausbau, durch den sich England von anderen Ländern unterscheidet. Schon vor Gründung der Gartenstädte waren reizende Arbeitersiedlungen in Port Sunlight und Bourneville entstanden, welche durch ihr Bekanntwerden in Deutschland auch unseren Kleinhausbau aufs glücklichste beeinflusst haben.

Den Gedanken der Gartenstadt in Deutschland zu verbreiten, hat sich vor allem die im Jahre 1902 gegründete Deutsche Gartenstadtbewegung zur Aufgabe gemacht, die durch literarische Propaganda in der eindringlichsten Weise für ihn eintritt. Die Gesellschaft verfolgte ursprünglich das Ziel, der Ueberdönerung der bestehenden Städte durch Gründung in sich abgeschlossener Siedlungen auf wohlfeilem Gelände, das zur Verhinderung jeder Boden Spekulationen dauernd im Oberelgentum der Gemeinschaft erhalten wird, entgegenzuwirken. Sie bezweckte also eine Dezentralisation der in den Großstädten mit übermäßiger Grundrente, mit Produktions- und Transportbeschwerden belasteten Industrie, sowie ihre gleichmäßige Verteilung auf das platte Land, daneben aber

die Sicherung eines großen Teils des zu erschließenden Geländes für den Garten- und Ackerbau. Dieser Gedanke leidet jedoch an manchen Schwächen. Ganz neu Orte zu gründen und in die Höhe zu bringen, stößt auf sehr große Schwierigkeiten.

Es hat sich wohl aus diesen Gründen auch die Deutsche Gartenstadtbewegung im Laufe der Zeit zu der Ansicht durchgerungen, daß in Deutschland der Gartenstadtbau nur in der besonderen Form der von einem bestehenden Gemeinwesen politisch und wirtschaftlich abhängigen Gartenvorstadt zu verwirklichen sei. In dieser Gestalt ist denn auch die zeitlich früheste Gartenstadt Ruppurt bei Karlsruhe zur Ausführung gelangt. Ein zweites Beispiel ist die von einer lokalen Genossenschaft unter tiefgreifender Mitwirkung der Stadt Straßburg i. E. geschaffene Gartenvorstadt Stockfeld. Auch die Gartenvorstädte Arnberg und Hellerau (bei Dresden) gehören zum wirtschaftlichen Bannkreis der benachbarten Großstädte.

Mit dieser Einschränkung kann die praktische Betätigung der Gartenstadtbewegung in Deutschland begrüßt werden, als ein weiterer vornehmlich in ethischer und ästhetischer Beziehung nicht hoch genug zu bewertender Bundesgenosse im Kampf gegen die Mietkassernen und für die weiträumige Ansiedlung des künftigen Zuwachses der Großstadtbewölkerung.

(Aus dem soeben erschienenen Buch „Städtebaukunst“ von Stadtbaurat und Beigeordneten Dipl.-Ing. Hermann Eichig. — Wissenschaft und Bildung, Band 180, gebunden 12 M. Verlag von Quelle u. Meyer in Leipzig.)

Schefflers Gewächsmann. Karl Scheffler rückt in der „Voss. Ztg.“ mit seinem Gewächsmann für seine Angriffe auf die Leitung der Berliner Museumsneubauten heraus. Er schreibt: „Gelegenheit zu sehen und zu prüfen hat mir der am besten zu solcher Führung Befähigte gegeben. Der, dessen Urteile ich angeblich kritisch wiedergegeben habe und der im voraus als „bemühter Verleumder“ bezeichnet wird, ist — der Vertreter des Bauherrn, der Vorsitzende der Museumsbaukommission, Eggelsen Wilhelm v. Bode.“

Wir hatten schon früher angedeutet, daß der frühere Generaldirektor der Berliner Museen, Herr Bode, dahinter stecke. Unsere Mutmaßung wird also bestätigt. Es ist gewiß das gute Recht Bodes, Kritik zu üben und angebliche Mißstände aufzudecken. Es ist nur merkwürdig, daß er es nicht rechtzeitig tat und seinen amtlichen Einfluß nicht besser ausnutzte. Solche Zurückhaltung ist man sonst bei ihm keineswegs gewohnt. Früher wußte er alle Einflüsse spielen zu lassen, um seine Absichten durchzudrücken. (Es sei nur an die Flora-Affäre erinnert.) Nunmehr wird Herr Bode wohl deutlicher werden und unter eigener Flagge stehen müssen.

Scheffler wiederholt im übrigen seine Forderung nach einer unabhängigen Kommission und ergeht sich in deplazierten Witten über den Vertriebsrat, der es wagt, Rechenschaft von ihm zu fordern. Für die Demokratie einer gotischen Bauhütte würde er sich wahrscheinlich begeistern. Er, der selber vom Arbeiter aufgestiegen ist, sollte am wenigsten solche aristokratischen Wäuren annehmen.

Erste internationale Tagung für Sexualreform. Die letzte Sitzung der Tagung, von weit über tausend Teilnehmern besucht, zeit der Sexualpädagogik. Die Regierungen von Chile und von Uruguay hatten offizielle Vertreter entsandt. Frau Senator Kirchhoff-Bremen erörterte die sittlichen und pädagogischen

Voraussetzungen für eine Kindererziehung zu sexueller Wahrhaftigkeit, Unbefangenheit und Verantwortlichkeit. Nicht nur um Klärung und Warnung vor Geschlechtskrankheiten dürfe es sich handeln, sondern die gesamte Erziehung müsse auf Charakterbildung, natürliche Unbefangenheit und Selbstzucht hinarbeiten. Der Schulgemeinde Wiedersdorf wurde in ihrer einzigartigen Bedeutung gedacht. Dr. Kornfeld sprach über das Wesen und Werden der kindlichen Sexualität, insbesondere über die Pubertät. Zwischen der gedankenlosen Leugnung kindlicher Sexualerlebnisse und der Ueberspannung in der Deutung des kindlichen Verhaltens als nur sexuell, wie dies die Psychoanalyse tut, hielt Redner einen Mittelweg inne. Dr. Saaler stellte in einem gedankenreichen Vortrag drei Forderungen auf: Reform der Gesamterziehung im Hinblick auf Willensbildung, Wahrhaftigkeit und moralische Autonomie, ferner Reform in Bezug auf sexuelle Aufklärung, die bei den Erziehern beginnen müsse, ferner Ausbau der gemeinsamen Erziehung der beiden Geschlechter. Die Tagung nahm eine Sympathiebekundung zugunsten Dr. Wynetens und seines Erziehungswerkes an und forderte öffentliches Verfahren in seinem Prozeß. Döring-Beipzig erörterte am Hand vieler geradezu entsetzlicher Fälle die Unbrauchbarkeit kindlicher Zeugnisaussagen bei Sittlichkeitsdelikten. Frau Uhimann ging auf die Erfahrungen der Jugendämter ein. Durch eine Schlussansprache Magnus Hirschfelds wurde die arbeitsreiche Tagung beendet. Der nächste Kongreß wird in Rom stattfinden.

Das Puppentheater wird am 23. mit der Aufführung von Schmibbenns Komödie „Die Schaulieder“ eröffnet.

Die Galerie Ferdinand Müller (Volksbamer Str. 134 c) hat ihre Herbstausstellung mit einer größeren Kollektion Gemälde von Adol. Bauer, München, eröffnet. Weiterhin werden graphische Arbeiten und Gemälde von Wolfgang Born, München, darunter Illustrationen zu Thomas Mann „Der Tod in Venedig“, gezeigt.

Vorlesungen über Sozialismus an der Berliner Universität. Eine ganze Reihe der für das Wintersemester 1921/22 angekündigten Vorträge behandelt die Geschichte und Theorie der sozialistischen Bewegung. So wird 1. Dr. Prof. Combari über „Theorie und Geschichte der proletarischen Bewegung“, Prof. Breßlig über „Individualismus und Sozialismus“, Prof. Delbrück über „Wirtschaftslehre unter dem Gesichtspunkt des Klassenkampfes“ lesen. Auch einige der zu Professoren ernannten Genossen haben für ihre Vorlesungen sozialistische Thematika gewählt. Prof. Lenz hält Vorträge über die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung von 1848 bis 1918“, sowie über „Das Leben und die Lehre von Karl Marx“, Dr. Gustav Mayer über die „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“, Prof. Cunow will einen Kursus (jeden Mittwochvormittag 2 Stunden) über die „Marxistische materialistische Geschichtsauffassung — Darstellung und Kritik“ abhalten. Außerdem wird er an jedem Montagvormittag unentgeltlich über die „Entwicklungsgeschichte der Familie und der Familieninstitutionen“ sprechen.

Die Freie Bühne, Theater des werktätigen Volkes G. m. b. H., eröffnete im Hamburger Gewerkschaftshaus ihre Vorstellungen mit Walter Ballermans Schauspiel „Deserteure“, dessen pessimistische Tendenz Befall fand.

Eine Dänische Woche veranstaltet der Deutsche Heimatbund Dantsig, im Verein mit der Deutschdänischen Gesellschaft vom 4. bis 9. Oktober. Er hofft, daß in Dantsig Lehrmeister Hochschule die Deutschen aus dem Reich sich mit denen aus dem alten Dänemark die Brüderhand reichen zur Stärkung im Auslande. Fast alle Gebiete der Deutschdane sollen den Teilnehmern anheimfallen, Dantsig und allbrühnischen Gebieten nahe gebracht werden. Näheres durch die Geschäftsstelle in Dantsig, Stadtgraben 5.

Die Entscheidung der Koalitionsfrage.

(Schluß der Vermittlungssitzung.)

Oslo Braun:

Es handelt sich für uns auf diesem Parteitage um die Umstellung aus einer vornehmlich agitatorischen zu einer Regierungspartei. Das ist schwierig und mancher kann sich nicht so schnell umstellen, weil die bisherige Opposition viel bequemer und verantwortungsloser war und weil man frei von der Leber reden konnte. Aber die Umstellung muß erfolgen, denn durch die Praxis sind wir so

längst zur Regierungspartei

geworden. Jetzt gilt es dafür zu sorgen, daß wir die Machtstellung, die wir auf Grund unserer Stärke beanspruchen können, nun auch sichern und sie im Interesse der Arbeiterklasse ausnutzen. Für die Entscheidung dieser wichtigen Frage ist es ganz gleichgültig, ob irgendein Führer der Deutschen Volkspartei bei irgendeiner Kaisergeburtstagsfeier einmal eine dumme Rede gehalten hat. Zentrum und Demokraten werden mit Reden, die Gen. Schiller aus Arbeiterkreisen gehalten hat, auch nicht einverstanden sein. (Seitere Zustimmung.) So kann man nicht verhandeln, wenn man von Partei zu Partei eine Arbeitsgemeinschaft herstellen will. Wir können uns den Partner nicht aussuchen, sondern er muß uns durch das Wahlergebnis präsentiert werden. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir hier wieder für ein Jahr eine feste Bindung eingehen für die Regierungsabwicklung im Reich und in den Ländern. (Seitere Zustimmung.) Wir können im Laufe des Jahres Situationen kommen, die wir gar nicht voraussehen konnten. Falsch ist auch die Berechnung, daß, wenn die Deutsche Volkspartei in die Regierung geht, wir in dieser Regierung uns zur DVP nur verhalten wie 1 zu 3. Auf ein solches Zahlenverhältnis kommt es nicht an, sondern darauf, welches Ressort wir haben und welcher Mann an dieser Stelle steht. (Zustimmung.) Die Demokratisierung der Verwaltung ist nicht möglich durch die Entlassung aller und Einstellung neuer Beamter. Dafür fehlt es uns an Kräften. Es kommt darauf an, die vorhandenen Beamten umzustellen, wie wir uns umgestellt haben. Sie müssen der Republik genau so dienen wie früher der Monarchie. Die Umstellung kann nicht von heute auf morgen erfolgen, denn diese Beamten sind in einer langen monarchistischen Tradition erzogen. Aber was wir verlangen können ist, daß ein Beamter, der den Eid auf die Republik geleistet hat, diesem Eide gemäß der Republik dient, wie früher der sozialdemokratische Beamte der Monarchie gegenüber seine Pflicht tat. Daß in Fällen trassen Mißbrauchs des Amtes eingeschritten werden muß, versteht sich von selbst.

Die reine Opposition ist gar nichts.

Kendern können wir nur, wenn wir in der Regierung sitzen. Sollen wir doch nicht auf die deutschnationalen Kniffe hinein. Die Deutschnationalen haben ja schon Angst vor der Isolierung. Die Furcht, daß die Massen zu den Unabhängigen gehen werden, ist vollständig unbegründet. Die Massen wollen eine gerade und konsequente Politik. Die Verfallserscheinungen bei der USP sind eine Folge der Zickzackpolitik dieser Partei. Das Volk will positive Erfolge, keine radikalen Phrasen. Haben wir Vertrauen zur eigenen Kraft und dem Willen zur Macht. (Beifall.)

Franz Kattowich: Für uns Oberschlesier handelt es sich nicht um die Regierungsfrage, sondern darum, daß die Gefahr abgewandt wird, daß Oberschlesien von der deutschen Kulturgemeinschaft losgelöst wird und in seiner Entwicklung um 100 Jahre zurückgeschleudert wird. Wir haben das größte Interesse daran, daß alles geschieht, damit dieses Unglück von der obergeschlesischen Arbeiterschaft ferngehalten wird. (Beifall.) Wenn das Londoner Ultimatum nicht unterzeichnet worden wäre, bräuheten wir uns auf diesem Parteitage wahrscheinlich über diese Frage nicht zu unterhalten. Dann wäre das Schicksal Oberschlesiens wohl längst besiegelt. Wir haben es der Politik unserer Partei zu danken, daß das Ultimatum unterzeichnet wurde und die Pläne der polnischen Imperialisten zunichte wurden.

Severing:

Was hier über die Regierungsabwicklung gesagt worden ist, habe ich schon vor Monaten in internen Kreisen gesagt. Es ist eine politische Notwendigkeit, daß wir zu einem solchen Beschluß kommen. Wir müssen alles anwenden, die Instrumente zum Schutz der Republik in unsere Hand zu bekommen. Wir müssen auch die Waffen in unsere Hand bekommen (vereinzelt sehr richtig) bei den Gegnern des Vorstandsantrags), und zwar die Waffen der Reichswehr und die der Polizei. (Seiterte Zustimmung und sehr gut bei der Mehrheit.) Den Kritikern des Vorstandsantrags scheint es an Zivilcourage zu fehlen, an Vertrauen zur eigenen Kraft und zur eigenen Männlichkeit. Unsere Politik darf sich niemals nach Nachbarschaften richten. Wer sind Beelzebub und Luzifer? (Stinnes!) Was ist eigentlich

der Unterschied zwischen Stinnes und Thyssen?

Stinnes ist der evangelischste Mann und Thyssen der Zentrumskatholik. Wollen Sie behaupten, daß Thyssen seine Arbeiter besser behandelt als Stinnes? Reden wie die von Schiller bringen uns der Einigung mit den Unabhängigen nicht näher. Wir gewinnen die Massen nicht durch revolutionär klingende Resolutionen, sondern durch Tatsachen und Erfolge. (Beifall.) Mehr sozialistische Amtsvorsteher führen leichter zur Einigung als Schillerische Reden. (Seiterte Zustimmung.) An der Spitze der Verwaltung muß ein Republikaner stehen, kein halber Freund der Republik. Nur ein Entweber — Oder. Entweder man will und man muß den Willen zur Arbeit auch begründen oder man schimpft ohnmächtig und treibt Abstimmungs politik. Wir wollen die Republik mit Männern durchsehen, die auch

in der Stunde der Gefahr zur Republik stehen.

Da wir nun allein die Macht nicht haben, suchen wir uns Bundesgenossen, die uns zwar nicht weit genug gehen, aber die das kleinere Übel sind. Darum keine Fesseln und keine politische Abstimmungen. Wir wollen leben, wollen arbeiten und wollen floren. (Lebhafte Beifall.)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort erhält

Franz Krüger,

der zunächst die Stellung des Parteivorstandes zu den einzelnen eingebrachten Anträgen darlegt. Er empfiehlt die Annahme besonders der Anträge, welche die Parteigenossen auffordern, die Farben der Republik zu schlingen, welche dem georgischen Volk im Kampf für sein Selbstbestimmungsrecht die Sympathie ausdrückt, die für die Erweiterung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August dahin fordert, daß die sogenannten Arbeitsgemeinschaften in Schließung rücksichtslos beseitigt werden. Auch die Anträge, welche den Parteigenossen erneut das Verbot einschränken,

parteilichliche Fragen in der bürgerlichen Press.

zu erörtern, werden zur Annahme empfohlen. Gewöhnlich entschuldigten sich die Parteigenossen damit, daß der „Vorwärts“ die in Frage kommenden Artikel nicht aufgenommen hätte. Der „Vorwärts“ könne nicht der Tummelplatz aller Anschauungen und allen offenes Diskussionsorgan sein. Aber das Unglück sei

immer noch geringer, wenn die unsterblichen Gedanken irgend eines Genossen zu einer Parteifrage der aufhorchenden Welt weit vortrotten blieben, als wenn wir zur bürgerlichen Presse hinlaufen. (Seiterte Zustimmung und Beifall.) Natürlich könne z. B. ein parteigenösslicher Minister auch einmal in einem bürgerlichen Blatt sachlich über seine Ministerialtätigkeit berichten, aber parteilichliche Fragen gehören in die Parteipresse und die Parteiorganisation und niemand habe das Recht, sich ein besonderes Forum zu schaffen.

In der Einigungsfrage habe Kieß-Dena die Wärme gegenüber den Unabhängigen vermisst. Niemand habe die Einigungsfrage als Rechenexempel betrachtet. Aber niemand könne auch gezwungen werden, die zwiespältige und zweideutige Politik der Unabhängigen als eine Art Ideal hinzustellen. Niemand wolle sich darauf festlegen, was nach einem neuen App-Putsch vielleicht an diktatorischen Maßnahmen geschehen könne. Wieder etwas ganz anderes sei, die Diktatur als normale politische Entwicklungsform hinzustellen. Marxwald habe davor gewarnt, daß die Deutsche Volkspartei die eingegangenen Verpflichtungen doch nicht halten würde. Ebenso wunderbar sei die Vertrauenslosigkeit der Frankfurter gegenüber den Kommunisten, von denen jüngst wieder der offene Radgl.-Brief bekannt geworden sei.

„Sehr nützlich wäre die Heranziehung einiger nicht offen kommunistischer Gruppen in den Gewerkschaften. Wir brauchen Zutreiber, die nicht offen als Kommunisten auftreten.“ Wenn sich auf dem Parteitage noch jemand befindet, der nicht wüßte, daß der

offene Brief der Kommunisten der größte politische Schwindel sei, so möge das wirklich verwundern. Die Frankfurter und Chemnitzer brauchen gewiß nicht den Kommunisten Gelegenheit zu geben, ihre Agitation vor Massen zu tragen, die sie aus eigener Kraft nicht zusammenbekommen. Das lasse jede Selbstachtung vermissen.

Dann noch einige Worte zur Frage der Koalition.

Unsere Entscheidung soll nicht lauten, daß wir nun unter allen Umständen mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen, ebensowenig wie in Kassel beschloffen worden, daß wir nie und nimmer mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen dürfen. Eine solche Festlegung ist bisher nie erfolgt. Das soll der sachlichen Prüfung der einzelnen Fälle überlassen bleiben. Keine Partei ist unveränderlich. Das gilt auch für die Deutsche Volkspartei. Und deshalb wollen wir uns alle Möglichkeiten offen lassen. Wir sagen nicht: unter allen Umständen mit der Deutschen Volkspartei, aber wir sagen auch nicht: unter keinen Umständen mit der Deutschen Volkspartei.

Wir wollen uns taktische Bewegungsfreiheit sichern. Solange die Deutsche Volkspartei die vom Rat bleibt, ist sie für mich bündnisunfähig. Mit der Pflicht einer Koalitionspartei in der Republik ist es unvereinbar, daß sie republikanisch regiert und monarchistisch agitiert. Man fragt, wo bleibt der Schutz der Republik mit der Deutschen Volkspartei? Aber, wo bleibt der Schutz der Republik ohne die Sozialdemokratie? (Sehr gut!) Vor einiger Zeit erst hat der Zentrumsabgeordnete Heß die Resolution ein rufloses Verbrechen genannt. Sollen wir deshalb die Koalition mit dem Zentrum lösen? Wir fragen nicht, was Herr Heß gesagt hat, sondern maßgebend ist die Politik, die das Zentrum treibt. Wir sind einverstanden mit der Abänderung, daß die von uns in der Entscheidung als „Grundforderungen“ bezeichneten Bedingungen nach dem Antrage Paul Bader

ausdrücklich als „Mindestforderungen“

festgelegt werden, die unbedingt erfüllt werden müssen. Im übrigen aber bitten wir, alle anderen Anträge abzulehnen. Unsere Haltung bedeutet keine Abkehr von der bisherigen Politik. An dem Kasseler Beschluß wird nichts geändert, ja, an „Anerkennung der Republik“ wird jetzt sogar die Forderung nach „Verteidigung der Republik“ gemacht. Wir wollen verhindern, daß die Macht in der Republik wieder in die Hände der reaktionären Parteien übergeht. Wir sind sicher, daß die überwältigende Mehrheit des Volkes für eine solche Politik Verständnis haben wird. (Beifall.) Die Abstimmung findet am Nachmittag statt.

Zwei genügend unterstützte Anträge verlangen namentliche Abstimmung.

Um 1 Uhr tritt die Mittagspause ein.

Nachmittagsitzung.

In der Nachmittagsitzung findet die namentliche Abstimmung über den Antrag des Parteivorstandes zur Regierungsabwicklung statt. Der bereits mitgeteilte Wortlaut des Antrages wird mit Zustimmung des Referenten Franz Krüger dahin abgeändert, daß die in den aufgeführten 6 Grundforderungen als „Mindestforderungen“ (nach dem Antrage Magdeburg) bezeichnet werden. Mit dieser Abänderung wird der Antrag mit 290 gegen 67 Stimmen angenommen.

Damit werden alle anderen zu dieser Frage vorliegenden Anträge für erledigt erklärt.

Die zahlreichen Anträge über Organisation, Kollation, Förderung des Bildungswesens, Förderung der Parteipresse usw. werden dem Parteivorstand bzw. den anderen dafür zuständigen Parteinstanzen überwiesen. Die Anträge Kiel und Hannover, die den Parteigenossen verbieten, über parteilichliche Fragen in der bürgerlichen Presse zu schreiben, werden angenommen. Einstimmige Annahme finden die Anträge gegen den weichen Schrecken in Ungarn und gegen die Verewolligung des Selbstbestimmungsrechtes der Georgier. Der Antrag Boebe, der die Parteimitglieder verpflichtet, republikanische Abzeichen zu tragen, und der die Schaffung eines besonderen Parteiabzeichens anregt, findet Annahme, ebenso der Antrag der Schlesier für Erweiterung der Verordnung des Reichspräsidenten auf die sogenannten Arbeitsgemeinschaften und Freikorps. Den sozialdemokratischen Lehrern wird die Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer zur Pflicht gemacht. Ein Antrag auf schärfste Maßnahmen gegen den Bucher findet Annahme. Die Einlegung einer besonderen Sozialisierungskommission der Partei wird dem Parteivorstand überwiesen, ebenso ein Antrag auf Schaffung einer einheitlichen Städteordnung für das ganze Reich. Abgelehnt werden Anträge, die die Parteigenossen verpflichten wollen, nur solchen gewerkschaftlichen Verbänden als Mitglieder anzugehören, die sich dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der Afa oder dem Deutschen Beamtenbund als Spitzenorganisationen angeschlossen haben und ein Antrag, wonach nicht zur Partei gehören sollte, wer einem Krieger- oder Militärverein als Mitglied angehört. Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung:

Bericht der Reichstagsfraktion.

Berichterstatter Gustav Hoch:

Die Fraktion hat fleißig gearbeitet, aber mit geringem Erfolg und fast unter unerträglich schweren Verhältnissen. Die Teuerung geht weiter und weiter. Sie ist diesmal keine vorübergehende Erscheinung, vollzieht sich nicht allmählich, sondern sprunghaft und in gefährlichen Stufen. Ihr Grund ist der Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft durch den Krieg und nach dem Kriege. Die notwendigen Lebensmittel werden nicht mehr in genügenden Maße hergestellt. Es entstehen Notstände

preise, die namentlich in Deutschland durch die Dauer der Notgewaltig hochgetrieben werden. Unser Geld ist kein Geld mehr, sondern nur der Schein eines vollkommen verschuldeten Wirtschaftskörpers, der ständig an Wert verliert. Höhere Löhne, neue Steuern werden doppelt und dreifach auf die Warenpreise abgewälzt. Dabei ist der Staatsbedarf in die Milliarden gestiegen. Die Kaufkraft des Geldes geht immer weiter zurück. Die glänzende Entwicklung unserer Ausfuhr ist ein besonders gefährliches Zeichen unseres Wirtschaftslabends.

Es ist nicht die normale Ausfuhr aus dem Ueberflusse, das ist der deutsche Ausverkauf. Mehr und mehr schließen sich alle Länder, auch die freihändlerischen, gegen die Konkurrenz dieses deutschen Glendes ab. Genosse Hermann Müller hat heute früh gesagt, wir seien in den nächsten Jahren auf Koalitionspolitik angewiesen. Ich sage Ihnen, diese Politik kann

schon in wenigen Monaten unerträglich

werden. Stellen Sie sich den Winter vor mit der furchtbaren Teuerung und der Arbeitslosigkeit von Millionen. Das wird furchtbar und furchtbar unerträglich werden. Dann stehen wir vor einem furchtbaren Entscheidungspunkt der Revolution. Denn das Schlimmste ist, daß die Ausbeutung und Auswucherung unseres Volkes so groß und gewaltig ist wie nie. Dieser Zustand hat aus der Not, gerade aus der Not, für die Kapitalisten ungeheuerliche Gewinne gebracht. Welche Kreise ziehen ihr Geld aus der deutschen Industrie und spekulieren in Devisen, in Dollarwerten, die ihren Preis seit Mai verdoppelt haben. In diesem Zustand stehen wir vor unausschießbaren Entscheidungen. Werden sie nach dem Rezept der Koalition gefällig, so steigt aufs höchste die Not und auch die Wut des arbeitenden Volkes. (Franz-Chemnitz: Die Wut auch gegen uns!) Das Finanzministerium des Dr. Brüch hat sich mit Händen und Füßen gegen die

Beteiligung des Reiches

an dem Gewinn des Großkapitals gekränkt. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Gedanke von Robert Schmidt unabweisbar ist. Jetzt will die Industrie selbst die Gelder für die Zahlung der Devisen in der nächsten Zeit ausbringen. Will man unsere Ziele durchkreuzen? Will man die Sozialisierung durch Kleinaktien auf die lange Bank schieben? In der Sozialisierungsfrage sind wir schon in der alten Koalition ohne die Deutsche Volkspartei völlig zurückgedrängt worden, und es fehlt jeder Fortschritt auch nur eines Anfanges der Sozialisierung. Auch unter Brandnauer ist das Sozialisierungsgebot für die Kommunen nicht herausgekommen. Ich fürchte, die Angebots der Industrie sollen nur unsere Kraft für den Eingriff in das inoffizielle Kapital schmücken und uns zu Steuern verleiten, die doch wieder abgewälzt werden. Oder laufen die Vorkläger der Industrie darauf hinaus, daß sie dem Reiche die jetzt achamterten Devisen mit einem schönen Aufschlag zur Verfügung stellen? Soll nur

ein neuer großer Gewinn für die Dividendenbesitzer.

gemacht werden? Die Vorkläger der Industrie sind nur dann diskutabel, wenn es gelingt, unter Haftung mit ihren Betriebsmitteln ein Kreditabkommen mit dem Ausland über 1-2 Milliarden Goldmark abzuschließen, und zwar einen langfristigen Kredit; denn mit den kurzfristigen Krediten sind wir schon schonungslos ausgenutzt. Aber selbst wenn diese Kredite zustande kommen, haben wir nur damit neue Schulden, keine neuen Einnahmen. Das Reich muß sich trotzdem durch Eingriff in die Sachwerte einen unablässigen Anteil an dem Erlöse des Großkapitals sichern. Auf diesem Wege werden wir auch die Sozialisierung endlich vorwärts treiben. Auch der Stand der Devisenspekulation darf nicht weiter gehen. Schon fast die offizielle Auslandspresse, Deutschland bereite mutwillig einen betrügerischen Bankrott vor. Die Frage der

Sozialisierung der Großbank

ist kamieria, aber wir müssen an sie herantreten. Unter diesen furchtbaren Umständen hat die Fraktion erbreuen müssen. Sie ist in die Regierung eingetreten und in ihr geblieben, lediglich, um die Ablehnung des Ultimatums und ihre unabsehbaren Folgen zu verhindern. Jetzt gilt es, dem Auslande auch den

wirtschaftlichen Erfüllungswillen.

zu zeigen, die Garantiekommision zu überzeugen, daß wir uns von niemand hindern lassen, alles zu leisten, was Deutschland nur irgend leisten kann. Das ist die entscheidende Frage für unser Verhalten in der Regierung. Wir haben vorhin den Kasseler Beschluß formell aufgehoben, und auf dem Papier steht eine neue Formel. In der Sache sind wir damit keine einzigen Schritte weiter gekommen. Gerade die Anhänger der Vorstandsresolution sind sich absolut einig, daß mit ihr nicht im mindesten entschieden worden ist, wie wir praktisch weiter vorzugehen haben. Die Steuern und die wirtschaftlichen Maßnahmen zur Erfüllung des Ultimatums sind die unmittelbar entscheidenden Fragen. Wenn es für mich denkbar wäre, daß die Deutsche Volkspartei selbst den Rat abschlägt, auf dem sie sitzt, würde ich an die Möglichkeit einer Koalition mit der Volkspartei glauben, aber in den nächsten Wochen muß es sich ja entscheiden. Beim Wiederauftreten des Reichstages muß die Regierung

ihre ganzes Steuerprogramm

vorlegen. Ich ermarke davon nichts Gutes. Wie zwingen wir dann die bürgerlichen Parteien auf unserer Bahn vorwärts? Wir haben die Frage der Reichstagsauflösung erwogen. Sie wäre zu empfehlen, wenn wir aus dieser Wahl mit einer ganz anderen Kraft zurückkehrten. Wir können Deutschland nur retten, wenn das notleidende Volk sieht, daß es nicht allein vom Großkapital ausgezehrt wird, sondern daß ernsthaft daran gearbeitet wird,

die bürgerliche Republik zur sozialen Republik

zu machen. Mit den bisherigen kleinen Mitteln kommen wir noch meiner Ueberzeugung nicht durch den nächsten Winter. Die äußerste Blüte des Wirtschaftslabends kann nicht den inneren Zusammenbruch verhindern, wenn die Wirtschaft die Lebensbedingungen der großen Massen nicht mehr sichern kann, ist die Stunde des Zusammenbruchs da. Die Fraktion wird auf dem Posten sein. Erfüllen Sie sich auch mit dem großen, schrecklichen Ernst der Lage! Mögen die Arbeiter einig, geschlossen und zielbewußt vorwärts streben. Hin aus dem Elend, vorwärts zu besseren Verhältnissen, zum Sozialismus! (Lebhafte Beifall.)

Georg Schmidt

spricht über die Teuerungsverhältnisse. Er legt dem Parteitag eine Entscheidung vor, die lautet:

„Entgegen den Warnungen der Sozialdemokratischen Partei wurde die öffentliche Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Produkte bis auf Getreide aufgehoben. Für die Erhaltung eines Teiles der Getreideernte ist das Umklappenverfahren eingeführt worden. Die Höhe der zu erlassenden Getreidemengen reicht nicht aus, um den Verbrauch der versorgungsberechtigten Bevölkerung sicherzustellen. Das Umklappenverfahren ist nur ein Uebergang zur völlig freien Wirtschaft beim Getreide. Der Preis des bewirtschafteten Getreides wurde bedeutend erhöht. Der Preis des freien Getreides ist dem Weltmarktpreis nahe gekommen und wird den Brotpreis erheblich beeinflussen.“

Erwerbslose und Krankenkassenwahlen.

In diesem Jahre finden seit Kriegsausbruch wieder allgemein die Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen statt, aus denen dann wieder in weiteren Wahlen die Kassenvorstände, die Versicherungsbüro zum Versicherungs-, Oberversicherungs- und Reichsversicherungsamt, Ausschuss- und nichtbeamtete Vorstandsmitglieder der Versicherungsanstalten hervorgehen. Die Ausschuhwahlen haben daher für die Versicherten eine recht erhebliche Bedeutung. Wählbar und wahlberechtigt sind bei den Ortskrankenkassen alle volljährigen Kassenmitglieder, d. h. alle über 21 Jahre alten Zwangs- oder freiwillig Versicherten. Zweifel bestanden bisher darüber, ob auch die von der Erwerbslosenfürsorge bei den Krankenkassen versicherten Erwerbslosen (§§ 12b und 12c der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge vom 26. 1. 20) Wahlrecht und Wählbarkeit zu den Ausschuhwahlen der Krankenkassen haben. Soweit die Erwerbslosen bisher Kassenmitglieder waren und von der Erwerbslosenfürsorge nur weiterversichert wurden, stand ihr Wahlrecht sowie ihre Wählbarkeit fest. Anders lag es jedoch bei denjenigen Erwerbslosen, die entweder vorher nicht Kassenmitglieder waren oder von der Erwerbslosenfürsorge bei einer anderen Krankenkasse versichert wurden. Angefichts der Eigenart dieser Versicherungen gingen die Ansichten der Versicherungsbehörden und namhafter Sozialpolitiker über die Frage des Wahlrechts und der Wählbarkeit dieser Erwerbslosen auseinander. Erreichte wurde durch die Reichsarbeitsminister dahin entschieden, daß sämtliche von der Erwerbslosenfürsorge versicherten Erwerbslosen Wahlrecht und Wählbarkeit zu den Organen der Krankenkassen besitzen, und seine Stellungnahme wie folgt begründet:

„Die §§ 12b und 12c der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge (Reichsgesetzblatt S. 98) beinhalten sich nicht damit, die in ihnen aufgeführten Gruppen Erwerbsloser den Krankenkassen zur Durchführung gewisser Fürsorgemaßnahmen zu überweisen, vielmehr gehen die Bestimmungen der Gemeinden mit den Krankenkassen dahin, daß bei der Kasse alle von den Gemeinden zu unterstützenden Erwerbslosen „versichert“ werden. Es handelt sich also in der Tat um eine wirkliche Versicherung, die in ihren Wirkungen einer Versicherung nach den Regeln der Reichsversicherungsordnung insofern gleicht, als die Verordnung nicht ausdrücklich etwas Gegenteiliges bestimmt. Letzteres ist der Fall hinsichtlich des Rechts auf Weiterversicherung nach § 313 der Reichsversicherungsordnung. Dagegen enthält die Versicherung nichts über einen Ausschluß des aktiven und passiven Wahlrechts. Ich habe mich dementsprechend bereits gegenüber dem Württembergischen Arbeitsministerium auf Anfrage dahin ausgesprochen, daß ich sämtliche versicherte Erwerbslose für wählbar und wahlberechtigt halte.“

Soweit Ausschuhwahlen noch nicht stattgefunden haben, wird den Gewerkschaften bei Aufstellung der Delegiertenlisten diese Klarstellung willkommen sein.

Ein Gesetz über Lohnstatistik.

Der Sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beriet am 1. September den ihm vom Reichswirtschaftsministerium zur Beantwortung zugegangenen Entwurf eines Gesetzes betreffend Lohnstatistik. Das Gesetz soll die Reichsregierung ermächtigen, Erhebungen über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten anzuordnen und die zu ihrer Durchführung erforderlichen Bestimmungen zu erlassen. Zum Verhandlung gegen die auf Grund dieser Befugnisse erlassenen Bestimmungen sollen mit Geldstrafe bis zu 20 000 Mark bestraft werden können. — Die Aussprache ergab volle Einmütigkeit darüber, daß eine Lohnstatistik unbedingt notwendig sei. Indes wurden gegen die vorliegende Fassung des Gesetzes ernste Einwände erhoben. Eine Kommission soll das Gesetz weiterberaten.

Arbeitszeit und Sonntagsruhe im Fleischerhandwerk.

Der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands hat Klage darüber geführt, daß die Bestimmungen der Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November bis 17. Dezember 1913 sowie die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Sonntagsruhe in den Fleischerbetrieben vielfach nicht beachtet würden. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat daher die Gewerbeaufsichtsbeamten angewiesen, der Frage der Arbeitszeit in den genannten Betrieben ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und bei festgestellten Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen nachdrücklich für Abhilfe zu sorgen.

Aus aller Welt.

Raubmord an einem Geldbriefträger.

Chebnitz, 20. September. Die „Allgemeine Zeitung“ meldet aus Frankenberg: Am Montagvormittag lockte der 30 Jahre alte Fabrikarbeiter Jahn in Frankenberg mit Hilfe einer fingierten Postanweisung den 58 Jahre alten Geldbriefträger Gläser in seine Wohnung und gerötterte ihm mit einem Beil den Schädel. Darauf raubte er das Bargeld von circa 5000 M. und stüchelte.

Die Unterschlagungen von Stempelmarken bei dem Großhändler Hauptzollamt haben, wie der neue „Göltzinger Anzeiger“ meldet, ihre Aufklärung gefunden. Als Täter ist der Oberzollsekretär Semper, ein langjähriger Beamter des Hauptzollamtes, ermittelt worden, der in seiner Eigenschaft jederzeit zu den Stempelmarken Zutritt hatte. Semper hat bei seiner Vernehmung ein Geständnis abgelegt und angegeben, daß er die Unterschlagungen schon 5 bis 6 Jahre betrieben habe. Er sei durch Not und Krankheit in seiner Familie dazu getrieben worden. Die unterschlagenen Stempelmarken hat er im regelrechten Geschäftsvorteil verkauft. Der Wert der unterschlagenen Stempelmarken erreicht nahezu die Summe von 800 000 Mark, doch will Semper sich widerrechtlich nur 30 000 M. angeeignet haben. In seiner Wohnung wurden 12 000 M. vorgefunden. Semper befindet sich in Haft.

Dail Eiran, das revolutionäre Parlament Irlands. In einem Berichte der „Daily News“ wird festgestellt, daß von 120 Mitgliedern des Sinnfeiner-Parlamentes:

- 112 einmal eingesperrt,
- 78 zweimal,
- 41 dreimal,
- 18 viermal,
- 8 fünfmal,
- 3 siebenmal und
- 2 Sinnfeiner achtmal eingesperrt waren,
- 15 waren zum Tode verurteilt worden,
- 12 Personen haben ihre Häuser eingedüht, neun sind nur mit Nähe dem Tode entronnen. In jedermanns Hause sind Hausdurchsuchungen vorgenommen worden, in 30 bis 400 Fällen sind Beschuldigungen des Eigentums erfolgt. „Daily News“ meinen, man müsse dies bei der Beurteilung der Stimmung des Dubliner Parlamentes berücksichtigen.

Weiter bis Donnerstag mittag. Trocken und überlegend heiter, in der Tagesstunden warm, in der Nacht zu Donnerstag wieder sehr kühl, später im Westen etwas härter bewölkt.

Kriege erlebten sie im Durchschnitt etwa die Hälfte der Aktiendividenden als festen Zins.

Wie ist es bei den Botan-Werken? Es gibt nun schon regelmäßig 40 Prozent Dividende, also wenn auch in Papiermark, so doch 12mal mehr als der kleine Sparer an Zinsen erhält. Nun wird das Aktienkapital verdoppelt und die Aktionäre erhalten die neuen Aktien zum Nennwert, also zum reinen Papiermarkpreis. Diese Aktien lassen sich natürlich mit sehr hohem Aufschlag weiter verkaufen. Wenn die Firma selbst im nächsten Jahr „nur“ 30 Prozent Dividende verteilen sollte, dann wären dies 30 Prozent auf Papiermarkaktien. Man würde dann jedenfalls viel über schlechten Geschäftsgang jammern, ebenso darüber, daß Goldmarkkapital so niedrigen Zins bringt und nur Arbeit und Abbau der Löhne uns retten kann.

Dabei hat man durch Kapitalvermehrung absichtlich diese Zustände herbeigeführt. Auf den Kurs drücken solche Maßnahmen heute aber längst nicht mehr.

Als in diesem Jahre die Reichs-Metallschraubenfabrik A.-G. in Finsterwalde ihr Kapital verdoppelte, um neue Unterbringungsmöglichkeiten für zu erwartende Gewinne zu schaffen, und diese neuen Aktien ebenfalls zum Nennwert den alten Aktionären zur Verfügung standen, war der Kurs 870; jetzt ist der Kurs trotz Verdoppelung des Kapitals 800; also für den zu 1000 M. ausgegebenen Aktien kann der Aktionär jetzt 8000 M., mithin 7000 M. oder 700 Prozent Gewinn, erzielen.

Die Berlin-Gubener Hutfabrik hat ebenfalls ihr Kapital erhöht und die Aktien zum Nennwert ausgegeben. Der Kurs betrug damals 838, heute stehen diese Aktien 1750, also doppelt so hoch und wer eine solche 1000-Mark-Aktie zum Nennwert kaufen konnte, kann dieselbe jetzt für 17 500 M. veräußern. Der Gewinn ist 1650 Prozent.

Das ist das Märchen von der niederen Papiermarkrente auf den Goldmarkaktien.

Deshalb ist es so dringend erforderlich, endlich die Sachwerte durch das Reich zu erfassen, damit nicht die einen alle Folgen des Krieges tragen und die andern zwar jammern, aber auf Kosten der Gesamtheit unsinnige Gewinne scheffeln. —

Neue Zunahme des Notenumlaufs. In der zweiten Septemberwoche hat die Reichsbank wieder für 7,4 Milliarden Mark neue Banknoten ausgegeben, dagegen nur für 71 Millionen Mark Darlehensscheine dem Verkehr entzogen. Danach beträgt das umlaufende Papiergeld zurzeit 89,1 Milliarden Mark.

Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten. Der Deutsche Erfinder-Schupperband e. V. München, gegründet 1912, veranstaltet während der „Internationalen Messe in Frankfurt a. M.“ eine große Spezial-Ausstellung von Erfindungen und Neuheiten, die allen Erfindern günstige Gelegenheiten bieten soll, ihre Schutzrechte ohne große Kosten zu vermerken. Mittellose und arbeitslose Erfinder, sowie Kriegsbeschädigte erhalten gegen entsprechende Bescheinigung Freiplätze. Die Anmeldungen müßten sofort erfolgen, da andernfalls die ausgestellten Gegenstände nicht mehr im Ausstellungskatalog aufgenommen werden können. — Näheres durch die Geschäftsstelle des Verbandes, München, Jahnstraße 20.

Gegen die Devisenspekulation. Die Konsumentenkammer Hamburg hat folgende Entschliessung angenommen: Die unverantwortlichen spekulativen Ausschreitungen im Devisenhandel erschweren auch unsere ausreichende Versorgung mit unentbehrlichen ausländischen Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Diese werden durch die Schwankungen und den hohen Stand der Devisenkurse nur zu steigenden Preisen im Inlande abgesetzt werden können. Weitere Lohnsteigerungen werden das Wirtschaftsleben ständig in Unruhe halten. Im Interesse der von ihr vertretenen Verbraucherkreise fordert deshalb die Konsumentenkammer unverzügliche Maßnahmen gegen die milde Spekulation.

Die Preisrevolution. Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist von 1425 im Durchschnitt des Monats Juli auf 1909 im Durchschnitt des Monats August gestiegen. An der Erhöhung sind ausnahmslos alle Gruppen beteiligt, und zwar stiegen: Getreide und Kartoffeln von 1096 auf 2033; Fleisch, Fisch und Fette von 1633 auf 1762; Kolonialwaren von 1447 auf 1731; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 1245 auf 1949; ferner: Häute und Leder von 1729 auf 1791; Textilien von 1991 auf 2193; Metalle von 1581 auf 1673; Kohle und Eisen von 1740 auf 1774; Industriestoffe zusammen von 1763 auf 1834. Dazu wird amüßig mitgeteilt: Die außerordentliche Steigerung der Großhandelsindexziffer gegenüber dem Vormonat ist zunächst hervorgerufen durch die geldwirtschaftlichen Vorgänge, die im Anschluß an die dem Feindbunde geleistete 1-Milliarden-Goldmark-Zahlung eingetreten sind und die gleichzeitig eine gewisse Wiederbelebung der industriellen Erzeugung und damit der Nachfrage nach Rohstoffen nach sich zogen. Vor allem aber ist die Ziffer beeinflusst durch die freien Getreidepreise, die erstmalig im August neben den Unlagepreisen an Stelle der bisher künstlich niedriggehaltenen Getreidepreise zu berücksichtigen waren.

Der Interessentkampf um das Petroleum. In der Entwicklung der Standard Oil Company, des großen amerikanischen Petroleumtrusts, macht sich ein großer Zug zur Ausbreitung seines Herrschaftsgebietes bemerkbar. Auf dem Petroleummarkt herrscht gegenwärtig durch Ueberangebote ein Preisdruck, der von dem amerikanischen Trust dahin ausgenutzt wurde, durch weitere Unterbietung im Preise die Konkurrenz schwer zu schädigen. Darauf folgten die holländischen und englischen Unternehmungen dem Preisdruck und gingen mit ihren Angeboten unter die Standard Oil Company. An der Börse in Amsterdam und London wurde diese gegenseitige Konkurrenz damit beantwortet, daß die Papiere der amerikanischen Trust aufgestockt wurden. Man nimmt an, daß auf diese Art die Standard Oil Company erheblichen Einfluß auf die Konkurrenz gewinnen wird. Wie mächtig der Einfluß dieser Kapitalistengruppe ist, erkennt man daraus, daß sie das Vorkommen der mexikanischen Regierung, die Ausfuhrabgabe für das aus Mexiko herausgehende Petroleum zu erhöhen, verhinderte. Das geschah in der Weise, daß die Standard Oil Company, die große Besitztümer in Mexiko hat, der mexikanischen Regierung erklärte, daß sie ihre Betriebe in Mexiko gänzlich stilllegen werde. Die mexikanische Regierung wiederum suchte sich diesem Druck dadurch zu entziehen, daß sie jetzt den Japanern Anerbietungen auf den Erwerb der Petroleumquellen unterbreitet. — Es wird berichtet, daß eine sehr kapitalkräftige japanische Finanzgruppe, hinter der auch Mitglieder der dortigen Regierung stehen, auf dieses Anerbieten eingehen werde. Politisch wird es der nordamerikanischen Regierung nicht gerade angenehm sein, wenn sich Japaner in Mexiko festsetzen.

Soziales.

Achtung, Patentinhaber!

Zur Vermeidung von Rechtsnachteilen werden die Beteiligten darauf aufmerksam gemacht, daß

1. die im Art. 2 des Wiener Abkommens vom 30. Juni 1920 über die Erhaltung oder Wiederherstellung der durch den Weltkrieg betroffenen gewerblichen Eigentumsrechte und im § 2 des Gesetzes betreffend dieses Abkommens vom 3. August 1920 (Röchl. 1920 S. 1567) festgesetzte einjährige Frist zur Nachholung veräumerter Handlungen (insbesondere Schutzanmeldungen),
2. die Frist zur Zahlung der ohne genauere Zeitbestimmung bis nach Beendigung des Krieges gemäß den Bestimmungen vom

Die weitere Verteuerung dieses wichtigsten Nahrungsmittels ist neben der Geldentwertung mit die wesentlichste Ursache für die nun eingetretene allgemeine Verteuerung aller Bedarfsartikel des täglichen Lebens. Dadurch wurde die Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Rentempfangender erheblich verschlechtert. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages hat alle Vorschläge der sozialdemokratischen Fraktion, zum Schutze des Reallohnes gesetzliche Maßnahmen zu treffen, abgelehnt. Ebenso die Anträge, die Mehrgewinne der industriellen Unternehmer und der Landwirte der Allgemeinheit nutzbar zu machen. Die Verantwortung für die nun tatsächlich eingetretenen Folgen tragen die bürgerlichen Parteien.

Der Parteitag fordert die Regierung auf, alle Bestrebungen der breiten Masse des Volkes auf Erhöhung ihres Einkommens tatkräftig zu unterstützen, um einen Ausgleich herbeizuführen, ferner den ziellosen Bestrebungen des Finanzkapitals, der industriellen Unternehmer und der Landwirte, in Zeiten der bitteren Not des Volkes sich mit ungeheuren Gewinnen zu bereichern, durch wirksame Maßnahmen entgegenzutreten, und den Handel mit Getreide und mit anderen wichtigen Nahrungsmitteln nach dem Auslande, schon beim Erzeuger beginnend, zu unterbinden.

Der Referent begründet die Forderungen dieser Entschliessung im einzelnen. Er richtet an die Parteipresse das Ersuchen, den Veröffentlichungen des Landbundes größere Aufmerksamkeit zu schenken und etwas mehr Selbstkritik zu üben bei der Haltung der Parteiorgane gegenüber landwirtschaftlichen Dingen. Man sollte nicht immer nur von der wucherischen Landwirtschaft sprechen, denn es gibt auch einen Wucher in Eisen, Textilwaren und im Zwischenhandel. Wir müssen die Bauern gewinnen und den Einfluß des Landbundes zurückdrängen, nicht zuletzt auch unter dem Gesichtspunkt, daß die Führer des Landbundes die schärfsten Feinde der Republik sind. (Allseitige Zustimmung.)

Zur Steuerfrage

liegt eine Resolution des Referenten Keil vor:

„Das deutsche Finanzjeld ist heraufbeschworen worden durch den Krieg und die leichtfertige Kriegsfiananzpolitik. Es ist verschärft worden durch die dem deutschen Volke von der Entente gewaltsam auferlegten, allen Voraussetzungen der wirtschaftlichen Entwicklung hohnsprechenden Verpflichtungen. Dem Finanzjeld kann nur erfolgreich gesteuert werden durch Verminderung des Notenumlaufs, Festigung des Marktkurses und Herstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt. Die bisherige Steuererhebung konnte diesem Ziele nicht näherkommen, weil sie den Wertverschiebungen, die die Geldentwertung in den Einkommens- und Vermögensverhältnissen herbeiführte, nicht Rechnung getragen, die Lohn- und Gehaltsentnahmen und die Rentenentzüge aus den entwerteten festverzinslichen Kapitalien überließ, die großen Vermögen und Einkommen in Industrie, Landwirtschaft und Handel gesont und damit nicht nur die Kluft zwischen der Lebenshaltung der breiten Masse und der im Ueberfluß lebenden Oberschicht verbreitert hat, sondern auch zur Vermehrung der Kosten der öffentlichen Verwaltung, zur Steigerung der Papiergeldflut und zur weiteren Entwertung der Mark beitrug. Sie hat die von dem Heer der Spekulanten und Wucherer zusammengekrachten Vermögen nur zum kleinen Teil, die ins Ausland verdrachten überhaupt nicht zu erfassen vermocht.“

Mit steuerlichen Maßnahmen allein, auch mit den neuen Steuervorschlägen der Reichsregierung, ist die Gesundung der Reichsfinanzen nicht herbeizuführen. Neben der Weiterbildung der Besteuerungserhebung, die den Wertverschiebungen Rechnung tragen, und insbesondere auch der Beschränkung des verschwenderischen Ueberverbrauchs gerecht werden muß, und ihrer scharfen Durchsührung müssen die Sachvermögen für die Befestigung der Finanznot in Anspruch genommen werden. Zur Befreiung von der zügellosen Devisenspekulation, zur Hebung der deutschen Auslandskredite, zur Stabilisierung der deutschen Währung und zur Balancierung des Reichshaushalts ist dem Reiche das gesetzliche Verfügungsrecht über einen ausreichenden Teil des privaten Sachvermögens und seinen Ertrag unter Schonung des kleingewerblichen und kleindauerlichen Besitzes einzuräumen.

Zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen mußte die Einfluß aller nicht unbedingt notwendigen Gebrauchs- und Genußartikel möglichst gehindert, die Ausfuhr durch Steigerung der Produktion unter Ausschließung des Auslandsmarktes gefördert, der Bakulagewinn an Ausfuhergewinnen vom Reiche erfaßt werden. Die Vorschriften der Reichsabgabenordnung, die der wahrheitsgemäßen Feststellung der Vermögen und Einkommen dienen, müssen weiter ausgebaut, alle Versuche, eine zuverlässige Veranlagung zu erschweren, zurückgewiesen werden.

Die Arbeiterchaft wird sich bereit halten, jeden Widerstand gegen die zur Gesundung der Reichsfinanzen erforderlichen Maßnahmen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterbinden.“

Die Steuerfrage soll als erster Punkt vom Parteitag behandelt werden.

Schluß 6 Uhr.

Wirtschaft

Goldmark-Aktien. — Papiermark-Zinsen?

Durch den Handelsteil der Tageszeitungen läuft nachstehende unscheinbare und fast alltäglich gewordene Notiz:

Botan-Werke A.-G., Leipzig: 40 Proz. (in den Vorjahren: 40, 30, 40, 40). Ferner soll das Kapital von 7½ auf 15 Millionen Mark erhöht werden. Die jungen Aktien werden den Aktionären zu pari im Verhältnis von 1 zu 1 zum Bezuge angeboten werden.

Die Unternehmer wollen stets den Anschein erwecken, als zielten sie nur eine recht geringe Papiermarkrente auf ihr Goldkapital. In der Generalversammlung der Disconto-Gesellschaft führte der älteste Geschäftsinhaber, Dr. Arthur Salomonsohn, u. a. folgendes aus:

„Der Abschluß, den wir Ihnen vorlegen, weicht in seinen Ziffern, wie in seinem Ergebnis, außerordentlich ab von dem Abschluß vergangener Jahre. Wenn wir Ihnen einen solchen Abschluß in Friedenszeiten vorzulegen imstande gewesen wären, so würde eitel Freude Ihr und unser Herz erfüllt haben. Heute können wir dies Ergebnis, wie wir schon in unserem Bericht gesagt haben, nicht mit Freuden begrüßen, denn es ist kein Widerchein blühenden Lebens, sondern ein Symptom des Niederganges, in dem wir uns befinden, und ein Zeichen der Zerstörung. Wir können keine dauernde Freude an der Erhabenheit dieser Ziffern und der erzielten Gewinne haben, denn sie sind Produkte des Zerstörungsprozesses, in dem sich Deutschland befindet, nicht Früchte freudigen Schaffens. Sie werden auch nicht einmal den berechtigten Ansprüchen des Anteilseigners gerecht, der sein Kapital in Gold eingezahlt hat und nun trotz der hohen Dividendenziffer nur eine bescheidene Rente erzielt.“

Selbst wenn diese Ausführungen der objektiven Wahrheit entsprechen würden, bekämen immer noch die Unternehmer auf ihre Goldmarkaktien hohe Papiermarkrenten, im obigen Falle der Botan-Werke 40 Prozent, dagegen erhalten die kleinen Sparer, die Sechserrentner auf ihre effektiven Goldmarkersparnisse doch nur 3 bis 3½ Prozent Papiermarkzinsen, also noch nicht den zehnten Teil des Gewinnes der Unternehmer. — Vor dem

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Schachspieler. Abstellung Westen I spielt jeden Freitag, abends 7 Uhr, im Lokal Reinhold Doffe, Berlin-Schöneberg, Kämpfeler Str. 3. Jeden Sonntag, 8 Uhr normallings, feiert Schachgesellschaft. Gäste willkommen. — Volksfürsorge. Gemeindefunktionärversammlungen am Mittwoch, den 21. September, abends 7 Uhr. Abteilung Norden (Berliner Str. 3, 30, 35) bei Giltig, Rosenbogerer Straße 74; Abteilung Süden (Berliner Str. 17, 20, 24, 34, 35, 40, 45, 50, 55, 60 und 65) bei Grottel, Engelauer Str. — Weib. Mittw.-Abend, abends 7 1/2 Uhr, in der 8. Gemeindefürsorge (Dammannstraße), Beitrag des Leiters des Reichsgruppenamtes in Neufahrweg über Ost- und Ostberwertung. Gäste willkommen. — Ver-

band der Langen- und Kuberlase-Gruppen, Ortsgruppe Berlin. Am 21. September, abends 7 Uhr, finden in folgenden Besirkeversammlungen statt mit der Tagesordnung: 1. Bericht von der Verhandlung; 2. Wahl der Delegierten; 3. Bericht des Ausschusses. 1. 2. 3. 4. 5. Bericht im Bergisch-Markischen Kreis, Keldenberg Str. 33; 2. 7. Bericht im Bergisch-Markischen Kreis, Keldenberg Str. 33; 3. Bericht im Bergisch-Markischen Kreis, Keldenberg Str. 33; 4. Bericht im Bergisch-Markischen Kreis, Keldenberg Str. 33; 5. Bericht im Bergisch-Markischen Kreis, Keldenberg Str. 33.

1 1/2 Uhr, im Restaurant „Terzino-Pizzeria“, Schönhauser Allee 28. Zu allen Versammlungen sind die Familienmitglieder eingeladen. **Arbeitersport.** Arbeiterpartei, 18. Bezirk. Die nächste Delegiertenwahl findet am Mittwoch, den 21. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal von Müller, Berliner Allee 251, statt. Unter anderen wichtigen Punkten ist ganz besonders die neugeschaffene Lage in der Fliegangelegenheit zu behandeln. **Waffenvereine Reichspost z. B.** Sitzungen am 24. September und am 1. Oktober. Erheben aller Delegierten ist Pflicht. Unter anderen wichtigen Punkten ist ganz besonders die neugeschaffene Lage in der Fliegangelegenheit zu behandeln.

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus Lohengrin
6 Uhr

Schauspielhaus Fiesco
7 1/2 Uhr

Deutsches Theater
7 U.: Herodes und Marianne
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Kean

Kammerspiele
7 1/2 U. Jungfern v. Bilschowsberg
Do 7 1/2 U.: Die Jungfern von Bilschowsberg

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
8: Die Weber (23. Abt., 6 Abt.)
Do 8: Die Weber (24. Abt., 6 A.)

Königgrätzer Str.
Heute 7.30 Uhr: Die Fahrt ins Blaue

Komödienhaus
Täglich 7.30 Uhr:
Max Pallenberg
Hans Wabmann
im neuen Durlakenschwank
Jonny's
Buysenfreund

Berliner Theater
Täglich 7.30 Uhr:
Prinzessin Olala

Fritzi Massary
als Gast
Ralph Artur Roberts
Pepi Zampa / H. Kiper

Central-Theater
8 U.: Die Postmeisterin
Deutsches Opernhaus
Friedr. Wilhelmstr. Th.
7 1/2 Uhr: American-Girl
Intimes Theater
8 Uhr: Der blaue Pantoffel
Die Spelunke / Lauf doch nicht immer nackt herum
Kl. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Reigen
Lustspielhaus
Freitag Premiere:
7 1/2 Uhr: Die Schauspieler
Metropol-Theater
Geschlossen
Sonntag, 24. Sept., z. 1. Mal:
7 Uhr: Die Straßensängerin
Neues Operntheater
8 Uhr: Die Königin d. Nacht
Neues Theat. z. Zoo
8 Uhr: Die kleine Lecassol
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Jugendfreunde
Schiller-Theat. Charl.
7 1/2 Uhr: Raub der Sabinerinnen
Schloßpark - Th. Steglitz
7 1/2 Uhr: Alles um Geld
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Schäm' Dich, Lotte
Th. am Nollendorffplatz
3 1/2 Uhr: Hoffnung auf Segen
8 Uhr: Der Vetter aus Dingsda
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Die Braut d. Lucullus
Th. d. Kommandantenstr.
(Jüdisches Künstler-Theater)
8 Uhr: Newelle
Wallner-Theater
7.30 Uhr: Nixchen
Volkoperette Walthalla - Th.
7 1/2 Uhr: Die schöne Helena

Residenz-Theater
Täglich 7 1/2 Uhr
Paul Wegener
Irene Trisch
Paul Biensfeldt
in
Totentanz
Trianon-Theater
Täglich 8 Uhr:
Ida Wüst
in
Die große Leidenschaft

WINTERGARTEN
Reines
Variété-Programm
Rauchen gestattet!

Theater, Lichtspiele etc.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
7 1/2 Uhr: Die lange Jule

Lessing-Theater
Heute u. folgende Tage 7 1/2
Die Spielereien ein Kaiserin
(Durlux, Steinrück, Umer)

Deutsches Künstler-Theater
Abendlich 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)

Komische Oper
7 1/2 Uhr: Die Strohwitwe
Operette von Leo Blech

Kleines Theater
Täglich 7 1/2 Uhr:
Frl. Josette — meine Frau
Eugen Burg, Carola Töle, Jul. Falkenstein, Lotte Kildner, Hans Albers.

Rose Theater
8 Uhr:
Der Pfarrer v. Kirchfeld

Folles Caprice
Linienstr. 132 am Oranienbg. T.
Täglich 8 Uhr:
D. Geliebte a. Teilung
Fiebertaumel
Bentschen-Meseritz
mit Ferd. Grünecker

TERRA-THEATER
Hardenbergstraße 6
verlängert! täglich
7, 8³⁰

HELLA MOJA
Paul Hartmann / Arnold Czempin / Emil Heyse
in
Die Abenteuer der schönen Dorette
Film in 5 Akten - Regie: OTTO RIPPERT



Bergisch-Markische Margarine-Werke
F.A. Jssersiedl Akt. Ges.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf

Ausser Konzern.

Qualitätsware seit 14 Jahren. Achten Sie auf nebenstehende Schutzmarke.

Lola Liban
Jägerstr. 18.

Minlos Waschpulver
Wie ein Nam hängt Millionen Nam

CIRCUS BUSCH
Tgl. 7 1/2, Sonntag auch 3
Benutzen Sie A. Wertheim
Vorverkaufsseiten und Circuskass. Sie sichern sich angenehm Ihre Eintrittskarten.
18 Circus-Sensationen 18

Circus Taraselli
am Bahnh. Friedrichstraße
Freitag, den 23. Sept.
Ringkampf Steinko-Huhtanen

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe

Läuse Wanzen
Schwaben 31000
Goldwurm
beseitigen Sie in 1/2 Stunde mit (n. Hochm. hergestellt) werden Sie können.
100000 sind aufzubereiten.
Verlangen Sie nur **Edolda** Goldbaderwerke, Essen. Sie haben in den Drogerien: Berlin H: Humboldt-Drog., Reichenh. 99; G. Cuffig, Schönhauser Allee 50; G. Anappe, Reinholdsdorfer Str. 89; Ansh, Reinholdsdorfer Str. 119; G. Lange, Weidenstr. 137; AD: H. Odeet, Weidenstr. 18; Drogenhaus Noobil, W. G. Born, Al-Moabit 45, gegenüber Jägerstr.; O: Andreas-Drog., Kleine Andreasstr. 12; Pflsch, Grünberger Str. 7; Gloden-Drog., Petersburger Str. 63, am Weidenplatz; S: I. Cebete, Rottbuler Damm 81/82; SW: G. W. Weisich, Willersstr. 1; Charlottenburg: Stephan-Drog., Willersdorfer Str. 156; Tegel: G. Jachmin, Berliner Str. 93.

Garantiert Friedensqualität, wieder überall erhältlich.
Fabrikant
L. Minlos & Co., Köln-Ehrenfeld

NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN

Fracht- u. Passagierbeförderung
nach allen Weltteilen
ab deutschen und ausländischen Häfen

Nordsee- und Ostseeverkehr
Reisegespäck-Versicherung
Lloyd-Luftdienst

Nähere Auskunft, Fahrkarten und Drucksaehen durch
Norddeutscher Lloyd Bremen
und seine Vertretungen

In Berlin: Norddeutscher Lloyd Kaffeebureau, Unter den Linden 1 (Hotel Adlon).
P. Montanus, Invalidenstr. 92.

Union-Klub, Berlin
Annahme für Vorweifen
für Rennen in Berlin und im Reiche
in der Zentrale Schadowstr. 8 u. sämtlichen Filialen Groß-Berlin
Annahmeschluss:
Für Berliner Rennen 2 Stunden vor Beginn des ersten Rennens.
Für auswärtige Rennplätze abends vor dem Renntag
Postsendungen u. Anträge auf Errichtung von Konten werden **nur Schadowstraße 8** angenommen.
Wettbedingungen sind in den Wettannahmestellen erhältlich.

Achtung! Straßenhändler! Achtung!
Kauft die Qualitäts-Zigaretten-Marke
Tusla
Ariv 0,30 - Luxe Gold und Kork 0,40 - Moreno 0,50
billigster Einkauf. Hervorragende Ausstattung.
Berliner Tabak-Manufaktur
Schillingstraße 9. [94/20] Königsstadt 1096.

Parzellen Gärten
bei den Bahnhöfen
Mariendorf Marienfelde
Biesdorf Köpenick
Kausdorf verkaufen billig
Rieschalle & Ritze
Neue Königstr. 16 (Kriegend. 3376)

Prismen-Feldstecher
besond. Zeiss u. Goerz werden
ständig angekauft
Photohaus Stackelmann
Berlin W 9, Potsdamer Str. 135

Ankauf
v. Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Brillanten z. höchst. Tageskurs
Größte Auswahl in modernen
schmalen Trauringen
Carl Hamann
Münzstraße 17

Rügeisen jeder Art:
Rund, Flach, Quadrat u. Bandeisen,
Gas-Siede-Röhre, T-Träger u. U-Eisen,
Feldschmieden und Ambosse
sowie alle Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dirksenstr. 12,
Wriezenerplatz 13072. Jede Volkswirtschaft. Wriezenerplatz 13072.

Prisima

best. bei Dier? - bei die Stub
als Tiermarkt? - bei die Stub
gibt? - bei die Stub? - bei die Stub
best. bei Dier? - bei die Stub
als Tiermarkt? - bei die Stub
gibt? - bei die Stub? - bei die Stub

Diese Fragen
und alle anderen über die Lebenserhaltung
und Tierschutz. Jede über die
sicherste Haltung unter dem
besten Kostensatz bei

Haustier-Brem
bei allen Haustier-Doch von
Th. Zell. „Waren Qualität“
bei die Tiere verleben und
leben leben und dem Tierbesitzer
Tiere bringt
Preis fr. 20.-, geb. 25.-
Buchhandlung Vorwärts
Berlin C. 25, Linienstr. 2

Meine Preise sind meine beste Reklame
Gold-Silber-Brillanten
Barren, Bruch und Gegenstände
Platin - Münzensammlung - Zahngebisse
verkauften Sie am vorteilhaftesten nur bei der
bekanntesten renommierten Firma von Ruf
„E. V. N.“ Edelmetall-Verwertung Neuhaus
Größter Absatz für Händler
Hauptgeschäft: Belle-Alliance-Pl. 6a
nahe Friedrichstraße
Filiale: Robstraße 8, Nähe Spittelmarkt
(nur Metall-Einkauf) (nur im Laden)

Brillanten
Eigene & transportable Küche
ÖFEN
SEMPER PARAT
Preis 40.- bis 150.-
Brennstoff 1/2

Jagdgewehre, Automatische Pistolen
uvm. Verkauf, Verleih, Umtausch
Gewehr-Fabrik
Gustav Rätzel, Berlin
Markgrafstr. 50.

Von der Heile gerührt
Dr. Gertelbeck
Facharzt für Augenkrankheiten

Münzen Sammlungen
kauft Ball, Berlin,
Wilhelmstraße 46-47
Münzen
Handlung.

Artikel zur Krankenpflege
in bekannt besten Qualitäten zu günstigsten Preisen.
Wir übernehmen wieder das Sterilisieren von Wochenbettwäsche zu den
billigsten Preisen.

Kopp & Joseph
Berlin W 50
Potsdamer Straße 122

Alhambra
am
Moritzplatz
Otto Reutter
11 Sensationen
8 Uhr
5, 8, 12, 30, 15 M.
Billettkvk. 12-3, 6-10

Gesundung der Berliner Straßenbahn

Keine Tarifierhöhung. — Erwiesener Nutzen der Zentralisierung.

Bei dem Zusammenschluß der Berliner Gemeinden am 1. Oktober 1920 betrug das Gesamtnetz der ehemaligen „Großen Berliner Straßenbahn“ rund 930 Kilometer Gleislänge. Dazu kamen die Bahnbetriebe der Stadt Berlin selbst und die der verschiedenen Vorortgemeinden, wodurch sich das Gesamtgleisnetz auf 1250 Kilometer ausdehnte. Der Wagenpark zählte 2580 Motorwagen und 1800 Anhängewagen nebst einer großen Anzahl von Lokomotiven, Güterwagen usw. Das sind gewiß stattliche Zahlen, aber die ganzen Betriebsmittel befanden sich bei der Übernahme durch die Stadt zum großen Teil in einem trostlosen Zustande. In den ganzen Kriegsjahren war der schlimmste Raubbau betrieben worden; für die Verbesserung des Betriebes war nichts geschehen. Die Übernahme durch die Stadt Berlin fiel in die Zeit größter finanzieller Schwierigkeiten. 300—400 Millionen Mark hätten, wie ein von der Stadtverordnetenversammlung eingefetzter Ausschuß feststellte, angewendet werden müssen, um das Unternehmen wieder auf die Höhe zu bringen. Diese Summe konnte die Stadt nicht schaffen, durch Anleihe sollte und konnte es ebenso wenig aufgebracht werden.

Die Mittel für den allmählichen Neuaufbau mußten aus dem Unternehmen selbst herausgewirtschaftet werden. Zunächst kam eine Tarifierhöhung in Frage, die bereits von dem Zweckverband beabsichtigt war. Damit wurde das Defizit, das sich im Monat November 1920 monatlich auf rund 20 Millionen Mark belief, um acht Millionen Mark verringert. Die übrigen 12 Millionen monatliche Defizits sind nach und nach durch gründliche Umorganisation auf technischer und kaufmännischer Grundlage beseitigt worden. Sämtliche Straßenbahnen Groß-Berlins wurden bei Bildung der neuen Einheitsgemeinde zu einem Unternehmen verschmolzen. Hierdurch konnten allein die Direktorenstellen von 9 auf 2 herabgesetzt werden.

Heute ist also das Defizit bereits beseitigt, wenn auch nur die allerdringendsten Instandsetzungsarbeiten möglich sind. Vor allem sind zunächst die Gleisaufbesserungen in ziemlich umfangreichem Maße erfolgt. Das, sowie die gründlicheren und sachgemäheren Arbeiten an den Wagen auf den Betriebsbahnhöfen hatte wiederum zur Folge, daß die Motorschäden wesentlich zurückgegangen sind. Während im Vorjahre um diese Zeit rund 150 solcher Motorschäden pro Woche zu verzeichnen waren, sind es deren jetzt nur noch 48 bis 50 pro Woche. Infolge Beschädigungen mußten im Vorjahre wöchentlich etwa 70 Wagen aus dem Betriebe gezogen werden, gegen 36 in den letzten Wochen. Durch häufigere Revisionen der Wagen hat sich der Verbrauch von sonstigem Material, wie Schmieröl, Radkränze usw. wesentlich verringert. Gegen das Vorjahr ist der Stromverbrauch pro Wagenkilometer um 15 Proz. zurückgegangen, wodurch eine Ersparnis von rund 12 Millionen Mark im Jahre erreicht wird. Hierdurch und durch die günstigere Stromleistung konnte auch das Kraftwert der Straßenbahnen in Charlottenburg stillgelegt werden. Leider waren zur Erzielung der Wirtschaftlichkeit Verkehrsbeschränkungen bei unwirtschaftlichen Linien, bei denen die Einnahmen wesentlich niedriger waren, als die Betriebsausgaben, nicht zu vermeiden. Durch diese Einschränkungen wurden wiederum Ersparnisse gemacht und zwar im Betrage von etwa 32 Millionen Mark im Jahre.

Bei der Gleisbauabteilung sind jetzt rund 1500 Mann beschäftigt. In der nächsten Zeit sollen in einer Reihe von Vorortgemeinden recht erhebliche Verkehrsverbesserungen dadurch herbeigeführt werden, daß Straßenbahnen, die bisher nur die betreffenden Vororte durchzogen, durch Anschlußgleise mit dem großen allgemeinen Netz verbunden werden.

Zur Erhöhung der Einnahmen ist das Reklamewesen mehr ausgestaltet worden; sowohl auf den Fahrscheinen als auch in den Straßenbahnen und an den Halteplätzen ist das gleiche beach-

sichtigt. Hier sind jedoch noch Schwierigkeiten seitens der Aufsichtsbehörden zu überwinden. Ferner soll der Güterbetrieb noch erweitert werden. Neben der Beförderung von Postpaketen, die der Straßenbahn jährlich 6 Millionen Mark einbringt, werden nunmehr direkte Verbindungen zwischen einzelnen Fabriken und Bahnhöfen hergestellt, außerdem wird voraussichtlich noch im Laufe dieses Jahres der Kohlentransport zwischen den Gaswerken und den wichtigsten Kohlenablagerungen übernommen werden.

Letzter hat es sich nun bei der Ausführung der Reorganisation nicht vermeiden lassen, daß das Unternehmen einen Teil der Belegschaft entlassen mußte. Insgesamt sind 1600 Mann abgegangen, die je 2000 M. Abfertigung erhielten. Ohne diesen gewiß bedauerlichen Eingriff hätten alle die aufgezählten Verbesserungen, hätte die Gesundung des Unternehmens nicht in die Wege geleitet werden können.

Dieser Gesundungsprozess wird durch die neuen Lohn-erhöhungen, die vom Magistrat bereits bewilligt sind, natürlich etwas aufgehalten. Diese Lohn erhöhungen für die Arbeiter und Angestellten der Stadt waren selbstverständlich unumgänglich, bedingt durch die allgemeine Teuerungswelle, die uns jetzt überzieht. Für die Straßenbahnen kommen für die sieben Monate des laufenden Etatsjahres (bis 31. Mai 1922) noch etwa 42 Millionen Mark in Betracht. Woher sollen diese Geldmittel kommen? Aus der Kämmereiverwaltung? Diese muß für diejenigen städtischen Arbeiter sorgen, die nicht in „werbenden Betrieben“ tätig sind. Zu demselben Zweck müssen auch noch die Gewerbesteuer bis auf das äußerste angezogen werden. Oder sollen etwa die Verbraucher von Gas, Elektrizität, Wasser usw. mit für die Benutzer der Straßenbahnen aufkommen? Das wäre ein unbilliges Verlangen, zumal ja auch diese Betriebe selbst Tarifierhöhungen vornehmen müssen, um die dort zu erfolgenden Lohnerhöhungen decken zu können. Es hätte also unbedingt eine weitere Tarifierhöhung auch bei den Straßenbahnen erfolgen müssen. Sie kann zunächst unterbleiben, da es gelungen ist, den Betrieb der Straßenbahnen unter der neuen Direktion so zu verbessern, daß in den letzten Monaten bereits einige Ueberschüsse gemacht werden konnten. Für die nächsten Monate können die Lohnerhöhungen aus diesen Ueberschüssen gedeckt werden, so daß der Magistrat in die Lage kam, zunächst von einer Tarifierhöhung abzusehen. Es muß sich nun in der nächsten Zeit herausstellen, ob die Steigerung des Verkehrs und damit die Mehreinnahmen dauernd sein werden. Allerdings muß das Projekt Wittenau, wo eine große Reparaturwerkstatt errichtet werden sollte, vorläufig zurückgestellt werden. Diese Werkstatt soll die Straßenbahnen erst in die Lage versetzen, alle Arbeiten in eigener Regie zu erledigen, um damit weitere Ersparnisse zu machen.

Wie die Entwicklung auch weiter gehen mag, jedenfalls ist an diesem Beispiel der Straßenbahnen ersichtlich, daß der soviel angegriffene „sozialistische Magistrat“ erheblich mehr geleistet hat, als es die rechtsbürgerlichen Schreiber wahr haben wollen. Es ist ihm in wenigen Monaten gelungen, aus dem allerschlimmsten herauszukommen. Das Defizit ist verschwunden, die Kämmereiverwaltung wird befriedigt, es sind Rücklagen für Erneuerungsarbeiten gemacht worden, und wir sind außerdem in der Lage, die nicht unerhebliche Mehrbelastung durch die neueste Lohnerhöhung aus dem Betriebe selbst herauszuwirtschaften. Das Beispiel zeigt weiter, daß die Verschmelzung der Groß-Berliner Gemeinden für die Bewohner von hohem Nutzen ist, machte es doch die Zentralisation des Verkehrs wesens möglich, allein die Direktorenstellen bei den Straßenbahnen von 9 auf 2 herabzumindern und die Verwaltung einfacher zu gestalten. Die Zentralisierung der Betriebe bietet außerdem noch vielerlei Möglichkeiten, billiger zu wirtschaften, so u. a. beim Einkauf, bei den Reparaturen usw. Ganz zu schweigen von der Möglichkeit, das Verkehrsweisen überhaupt zu bessern. Stadtrat Hugo Poersch.

Großstadtplanzer.

„Was braucht ihr Großstädter Regen, was kammert euch der Sonnenschein, ihr habt ja nur Steinpflaster, dort wächst nichts.“ sagte einmal ein Landmann zu einem viel geplagten Großstadt-menschen. Schade, daß Hunderte von Kilometern ihn von Berlin, der größten deutschen Großstadt trennen, sonst hätten wir ihn gestern in die kleine Ausstellung des Pflanzervereins „Herrmannshaus“ an der Großstraße Ecke der Hefemannstraße beim Ringbahnhof Weihensee geführt. Er hätte sicher begriffen, daß auf diesem Fleckchen Erde von nur etwa 18000 Quadratrußen schon viele hundert Augenpaare zum Himmel nach Regen oder Sonnenschein aufschauen — mitten im steinernen Meer.

In der Vereinslaube, einer großen hölzernen Kriegsbarade, hatte der Pflanzerverein eine Ausstellung seiner Erzeugnisse veranstaltet, die so recht die Liebe zeigte, mit der Arbeiter nach des Tages Frühen Landwirtschaft treiben. Da wurden Kiefenstirbische gezeigt und hohe Tomatenstauden, an denen die prallen Früchte dicht gedrängt herunterhängen, große Klettergurken und sammetweiße, appetitliche Pfirsiche, Kiefenbirnen und Kefel, Gemüse aller Art, Kiefenbohnen, Mohrrüben und Kohlrüben, Radieschen und Rettich, auch Blumen, die der Herbst uns schenkt, — Astern und Palmen. Eine Myrte, die auf das stattliche Alter von 26 Jahren zurückblicken konnte und schon zu 86 Hochzeiten bräunlichen Schmutz gesendet hat, erregte berechtigtes Aufsehen. Bemerkenswert war auch eine Schädlingsammlung. Käfer und Schmetterlinge, die auf der Kolonie gefunden wurden, waren in ihren Schlupfwinkeln als Raupen, Puppen und im Endzustand sehr überflüssig zusammengestellt. An dem Beispiel zweier blinder Kaninchen wurden die Folgen der Inzucht demonstriert. Uebrigens ist es interessant, zu erfahren, daß ein Lehrer, der mit seiner Klasse die kleine Ausstellung besichtigte, es nicht fertig brachte, den Kindern den Begriff der Inzucht zu erklären. Ob er dabei vielleicht an die — Hohenzollern oder sonstigen „hohen und höchsten Herrschaften“ gedacht hat? Als ein Kuriosum der Kleintierausstellung, in der mancher Preis zur Verteilung kam, möge erwähnt werden, daß sich zwischen einem Hahn, einem Kaninchen, einem Hund und einem hübschen ausgewachsenen Kater, dem „Löwen von Hermannsheim“, eine rührende Freundschaft ausgebildet hat. Hier geben Tiere ein besseres Beispiel als die Menschen.

Die Planzer haben ihre eigene Wirtschaftsgenossenschaft, die alle Bedarfsgegenstände für die Zwecke der Kolonie billigt beschafft. Das Land wird gemeinschaftlich gepachtet. Wie der Vorige erzählte, ist das Interesse der Frauen an der Entwicklung der Kolonie ein besonders lebhaftes. Ihnen vor allem gebührt Lob und Anerkennung für die Erfolge, die hier erzielt wurden.

Die Klante-Röhn-Gläubiger.

50—70 Millionen Passiven und 6 Millionen Aktiven.

Zu turbulenten Szenen kam es gestern morgen vor dem großen Schwurgerichtssaal des Roabiter Kriminalgerichts, in dem unter Vorsitz des Konkursrichters Amtsgerichtsrat Jacobson die erste konstituierende Gläubigerversammlung in dem Röhn- bzw. Klante-Konkurs stattfand.

Der Konkursverwalter gab zunächst einen Geschäftsbericht, aus dem überhaupt erst ein Einblick in das ganze Getriebe gewonnen werden konnte. Röhn hat in einem Kolonialwaren- und Eisenhandelsgeschäft gelernt. Er machte sich bald selbständig, eröffnete zunächst eine Kaffschlächterei und betrieb dann ein Institut zur wissenschaftlichen Erforschung des Charakters und Gemütslebens aus Handschrift und Handlinien gegen Voreinsendung des Honorars. Im November 1918 geriet Röhn schon einmal in Konkurs. Dann begründete er seine bekannte Sportbank. Die Provisionen, die seinen Generalvertretern zufließen, gingen in die Millionen. So wurden dem Generalvertreter Bielack in Dresden in einem Monat 18 Millionen ins Haus gebracht. Davon erhielt er 10 Proz. Provision, so daß Bielack für seine Tätigkeit 1180000 M. in einem Monat verdiente. Das Geld, das Röhn einnahm, wurde von seinem Geschäftstotal aus in Tragkörben zur Bank geschickt. Die Frage, welche Geschäftsergebnisse nun die Sportbank erzielt hat, ist dahin zu beantworten, daß nach den vorgefundenen Wettbüchern innerhalb von drei Monaten 9,5 Millionen verwettet, aber nur ein Gewinn von 5,8 Millionen erzielt wurde, so daß per Saldo ein Verlust von 3,7 Millionen entstanden ist.

Fräulein.

Von Paul Enderling.

8] Görke brummte etwas von der Verschwendungsfucht unserer Zeit. Als ob man nicht ohne Fressen und Säugen die kleine Tour machen könne! „Zu meiner Zeit haben wir gar nicht daran gedacht, solche Touren zu machen. Wir hatten zu arbeiten. Höchstens auf ein Viertelstündchen zum Krümmen Ellbogen hinaus oder zu Köhler oder in den freundschaftlichen Garten. Da trank man ein Gläschen Puziger Bier und war zufrieden. Nicht wahr?“

Brandstatter gab ihm eifrig Recht. „Schafstopp!“ schnarrte der Papagei. „Aber natürlich,“ fuhr Görke fort. „Wenn man seine Söhne nach Berlin auf die Universität schickt, statt sie ins Kontor zu stecken...!“ Sein Sohn Hermann studierte in Berlin Jurisprudenz, nachdem er zum Kaufmann kein, aber auch gar kein Talent erwiesen hatte. Dies Studieren, das er nicht kontrollieren konnte, war Julius Görke ein Grauel. Er hatte seinen Sohn im Verdacht, daß ihn auch die teure Jurisprudenz nicht interessiere. Dieser Verdacht war nicht unbegründet.

Es gab noch Kaffee und Zigarren, wie nach einem richtigen Diner.

Tante Line sprach zu Elise Brandstatter von ihrem Kaffee zu Hause. „Dieser hier hat nicht das richtige Aroma, weißt du.“ Eine Welle von Fröhlichkeit glitt durch den Raum.

Als Julius Görke die Tafel aufhob, waren alle damit zufrieden, außer Tiedemanns. Alle hatten keine rechte Freude am Essen gehabt, alle außer Tiedemanns. Bei Görkes sah man immer etwas wie unter einer Gewitterwolke. Alle hatten das dunkle Gefühl bei einem Vorgesetzendiner zu sein, und Görke gab sich durchaus keine Mühe, diesen Anschein zu zerstreuen.

Seine kalten grauen Augen sahen böse und herrisch herüber. Alle diese schielten nach seinem Gelde oder lebten davon, wie die beiden alten Tanten.

Das Mädchen räumte den Tisch ab. Fräulein half. Görke gab Thea einen Wink. Sie ging auf den Vater zu, um ihm etwas zu sagen. Aber er winkte ihr ab. „Nachher!“ sagte er. Thea ging hinaus und wartete auf Fräulein.

„Fräulein, sind Sie wenigstens dabei — bei der Berichtigung?“

„Nein, nur die Verwandten.“

„Schade, dann hätte ich doch wenigstens einen dabei gehabt, der mir die Wahrheit gesagt hätte.“

Fräulein wollte sagen, daß ja die Eltern und die Schwester dabei seien, aber Thea war schon die Treppe emporgestürzt in ihr Zimmer.

Kopfschüttelnd sah Fräulein ihr nach. Seit sie sich allein durch die Welt schlug, hatte sie schon so viel gesehen. Aber im Görkeschen Hause gab es täglich neue Rätsel: wo in aller Welt gab es doch noch solche Braut?

„Braut“ — was für ein schönes Wort! Es war weiß wie reine Perlen und warm und klar. Es hatte den gleichen tiefen Klang wie „Traum“... Fräulein lächelte verloren vor sich hin.

Ein rascher, kurzer Schritt kam die Treppe empor. Der Oberlehrer wurde sichtbar. Er war im Gehrock.

„So feierlich, Herr Oberlehrer?“

„Wird es auffallen? Ich dachte, es sei ein Festtag?“

„Noch ist ja nicht Verlobung.“

Seine großen Augen blühten sie lächelnd durch die Brillengläser an. „Riechen Sie nichts? Schnuppern Sie mal.“

„Ich rieche nur den Kalbsbraten.“

„Ich rieche Myrten,“ sagte der Oberlehrer. „Aber nun muß ich wohl hinein, sonst legt mich mein Herr Schwager einen Platz tiefer.“

Draußen begrüßte er alle Verwandten und setzte sich dann in die Ecke zum Papagei. „Endlich!“ sagte Görke als Willkomm.

Görke hat alle, Platz zu nehmen, und begann mit gerunzelter Stirn zu sprechen. Er hielt sich für einen glänzenden Redner und ließ keine Gelegenheit vorübergehen, ohne das zu beweisen. Es war sein stiller Schmerz daß man ihn in Danzig nie als Kandidaten für Landtag oder Reichstag auserwählt hatte. Wieviel Kandidatenreden hatte er schon entworfen und für sich gehalten! Bieviele Gegner hatte er schon mit boshaften Ausfällen in die Enge getrieben und auf den Sand gesetzt, wenn er in schlaflosen Nachtstunden vor sich hinträumte!

„Liebe Verwandte! Liebe Familienmitglieder! Ihr alle wißt den Zweck unseres Zusammenseins. Im tiefen Bewußtsein von uns allen schimmert das Gefühl von der Zusammengehörigkeit unseres Stammes. Wer möchte sich dieser inneren Stimme und ihren Forderungen wohl entziehen?“

Seine grauen Augen funkelten über die Zuhörer hin. Und es schien, als blieben sie auf dem Oberlehrer einen Moment haften.

„Getreu den Sitten unserer Altvorderen,“ fuhr Julius Görke fort, „beraten wir gemeinsam unsere Familienangelegenheiten, ihnen Weihe gebend und gemeinsam Verantwortung dafür tragend.“

Der Oberlehrer fuhr in Gedanken fort: — aber ich rate niemandem, eine andere Meinung zu haben.

„Wieder ist der Moment da, wo ein Mitglied unserer Familie sich abzugewenden gedenkt, um einen besonderen Hausstand zu gründen. — Wenigstens ist ein Freier da,“ unterbrach er sich in minder pathetischem Ton. „Wir wollen die Gelegenheit klar und logisch betrachten. Erstens: ist dieser Freier aus einem Stand, der es uns erlaubt, ihn ohne Voreingenommenheit in unsere Familie aufzunehmen? Zweitens: ist er durch Vermögen oder Stellung in der Lage, seiner eventuellen Frau, einer Görke, ein ihr würdiges Einkommen zu sichern? Drittens: ist er persönlich ohne Makel?“

„Schafstopp!“ schnarrte der Papagei.

Der Oberlehrer gab dem Unglücksvogel einen Bleistift zum Zerkrabbern, um ihn zu beschäftigen und abzulenken.

„Wer zu diesen drei Punkten etwas Nachteiliges zu sagen hat, möge sich zu Wort melden.“

Niemand meldete sich. Bei den Görkeschen Familien-sitzungen hatte sich noch nie jemand zu Wort gemeldet.

Alle blickten auf Görke und warteten, was er zu sagen habe.

„Dann will ich also meinerseits die Antwort geben. Zu Punkt eins: Er ist aus einer Beamtenfamilie und ist selbst Beamter, kein hervorragender, aber immerhin mit gewissen Aussichten für die Zukunft. Er kann ja sogar mal Oberlehrer werden...“ Es schien, als blühe ein tüchtiger Pfeil zu Oberlehrer Sanders hinüber, und die Tanten rühten unwillkürlich etwas von ihm ab. „Zu Punkt zwei: Das Einkommen ist, auf gut deutsch gesagt, power. Aber es kommt darauf an, ob die nötige Bescheidenheit der Lebensführung da ist. Und ich habe meine Ehe mit weniger angefangen und bin doch glücklich geworden —“ Ein gerührtes Räuspern bei den Tanten beflehte ihn, daß auch diesmal seine Wendung gut sah. In die Augen seiner Frau traten richtige Tränen. Sie war mit Järrlichkeitbeweisen ihres Eheherrn nicht verwöhnt. „Zu Punkt drei: Er ist polizeilich nicht vorbestraft, er hat — wir er mir geschworen hat — keine Schulden. Aber —“

(Fort, folgt.)

Daraus ergibt sich, daß Dividende nicht aus Gewinnen, sondern immer aus frischen Geldern, die ihm zufließen, gezahlt werden ist.

Sodann ging der Konkursverwalter auf die Schulden ein. Er erklärte, daß etwa 50 bis 70 Millionen Mark Passiven nur etwa 6 Millionen Mark Aktiven gegenüberstünden. Rechtsanwält Dr. Lee als Gläubigervertreter verlangte von dem Konkursverwalter Auskunft über die Beziehungen des Röhns-Konzerns zu der „Deutschösterreichischen Bank“, der angeblich führende Persönlichkeiten der heutigen Politik nahesteht (Zwischenrufe: Judenborff, Kunge.) Er ist überzeugt, daß diese Herren von dem Röhnschen Geschäftsgewinnen keine Ahnung hatten, es erfordert aber die Gerechtigkeit, daß sie sich prüfen, ob, wenn die Gerüchte wahr wären, daß von Röhns bedeutende Summen zu allen möglichen Zwecken gegeben seien, sie diese Summen nicht im Interesse der Gläubiger zurückerstatten würden. (Beifall.) Der Konkursverwalter Schubert erklärt hierzu, daß er schon den Antrag auf eidliche Vernehmung der Direktion der Deutschösterreichischen Bank gestellt habe. Aus der Mitte der Versammlung wurde vielfach der Wunsch geäußert, Röhns möge persönlich vorgeführt werden. Amtsrichter Dr. Jacoby lehnte dies jedoch mit Rücksicht auf die erregte Stimmung der versammelten Gläubiger ab, da er nicht für die Sicherheit Röhns aufkommen könnte. (In der Versammlung werden erregte Rufe, wie Schwindler! Schieber! laut.) Rechtsanwält Dr. Kurt Vincus wies im Namen des verhafteten Handelsanwalts Bauer darauf hin, daß dieser entgegen den Bestimmungen des Rechtskonkurrenzgesetzes aus Dresden, erhebliche Vermögenswerte für die Masse herangezogen habe, und daß insbesondere durch Verletzung des Kennzeichens seitens Röhns von Bauer allein acht Millionen Mark für die Masse gewonnen würden.

Zu sehr erregten Szenen, welche manchmal sogar bedrohliche Formen annahmen, kam es anlässlich der vom Konkursgericht bzw. dem Konkursverwalter vorgelegten endgültigen Festsetzung eines Gläubigerausschusses. Mehrere Gläubiger protestierten gegen die Wahl des Kaufmanns Heinrich Sklarz und des Rechtsanwalts Dr. Pntel. Heinrich Sklarz erwiderte sehr erregt. Der Konkursverwalter Schubert gab die Erklärung ab, daß der gesamte Gläubigerausschuss bisher in selbstloser und aufopfernder Weise seine Pflicht getan habe.

Zu einer kleinen Verzinsung kam es, als Rechtsanwalt Dr. Blumberg, der Verteidiger Klantes, in ironischer Form darauf hinweist, daß die Teilnahme am Gläubigerausschuss doch offenbar ein sehr gutes Geschäft sein müsse, sonst würden sich nicht so viele um die Wahl reihen, obwohl sie selbst nicht einmal Gläubiger Klantes seien. (Ein Mittelsch des Gläubigerausschusses ruft: „Der Kerl gehört vor die Disziplinarkammer!“) In den Ausschuss, so erklärt Rechtsanwalt Blumberg weiter, gehören nur wirkliche Gläubiger hinein, die aus Idealismus (? d. h. um ihr Geld!) kämpfen. Rechtsanwalt Pntel ruft: Verteidigen Sie Klante auch aus Idealismus? Als Rechtsanwalt Dr. Pntel in der Abwehr der gegen ihn gerichteten Anträge erklärt, daß er von der ersten Versammlung als Obmann des Gläubigerausschusses gewählt sei, erfolgt stürmischer Widerspruch.

Bei der Neuwahl wurde der bisherige Gläubigerausschuss mit Ausnahme der Herren Pntel und Sklarz wiedergewählt und ferner wurden noch fünf weitere Herren dazu gewählt, die nicht Vertreter der Geschädigten, sondern direkte Gläubiger Klantes sind.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft in Dresden ist der Inhaber des verachteten Sportkonzerns Lampe, Willi Lampe, am Dienstag in Karlsruhe verhaftet worden. Lampe, der auch in Berlin und in anderen großen Städten Filialen besaß, hatte den Schwerpunkt seiner Unternehmungen nach Dresden verlegt. Soweit sich bisher überleben läßt, betragen die Passiven des Unternehmens etwa 2 Millionen Mark. Der Verteidiger Lampes hat einen Antrag auf Haftentlassung gestellt.

Der Jude wird verbrannt.

Eine Hakenkreuzerausbreitung gegen jüdische Passanten bildete den Ausgangspunkt einer Anklage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, die gestern den Studenten Walter Krotoschiner vor das Charlottenburger Schöffengericht führte.

Am 25. Februar dieses Jahres hatten Hakenkreuzjünglinge gelegentlich eines „Sonntagsbummels“ Exzesse mit antisemitischem Einschlag veranstaltet, die mit einem Sturm auf die Schillingische Konditorei endeten. Als der Angeklagte den Kurfürstendamm entlang kam, stieß er auf eine Ansammlung von etwa 300 Menschen, aus der antisemitische Schimpfworte herausklangen. Mächtig sei ein großgewachsener junger Mann von hinten auf ihn losgekommen und habe ihm das Wort „Judenjunge“ zugerufen. Als er sich umdrehte, habe der junge Mann, den er mit seinem Spitznamen von sich stieß, das Wort wiederholt, einige Hakenkreuzler seien auf ihn eingestürzt und als er seinen Stoch erheben wollte, um sich zu wehren, sei ein Mann in Zivil, der sich nachher als Kriminalbeamter entpuppte, auf ihn losgekommen und habe ihm erklärt, daß er ihm zur Wache folgen solle. Entgegen der Bestimmung des Kriminalbeamten und eines zweiten hinzugekommenen Kameraden desselben behauptete der Angeklagte, daß ihm die Erkennungsmarke erst vorgezeigt worden sei, als er sich weigerte, dem Zivilisten, der ihn am Arm gepackt hatte, zu folgen. Wenn er sich losgerissen und mit den Füßen gegen den Erdboden gestemmt habe, so sei dies vor dem Augenblick geschehen, als sich der Kriminalbeamte als solcher legitimiert habe. Sein Verlangen, daß auch sein Angreifer mit zur Wache müsse, habe der Beamte ignoriert, ebenso das Verlangen mehrerer jüdischer Augenzeugen, die auf der Wache vernommen zu werden verlangten. Wie dem Angeklagten von mehreren Seiten, u. a. auch von einem durch den Kriminalbeamten mittels Notzettel herbeizitierten uniformierten Polizeibeamten befähigt wurde, hat er auf dem Wege zur Wache keinen Widerstand geleistet. Der große junge Mann, der den Angeklagten beleidigt hatte, war übrigens von den Polizeibeamten nicht mehr aufzufinden. — In der mehrere Stunden währenden Verhandlung machten die Zeugen einander in vielen Punkten widersprechende Aussagen. Der Staatsanwalt hielt einen Widerstand für erwiesen und beantragte gegen den Beklagten 150 M. Geldstrafe. — Rechtsanwalt Dr. Weil sprach seine Verwunderung darüber aus, daß in keinem der vorhergegangenen Exzesse ein Strafverfahren eingeleitet worden sei und nur hier, in der verhältnismäßig harmlosen Sache eine Anklage gegen einen Juden, der beleidigt sei, erhoben worden sei. Der Angeklagte müsse freigesprochen werden, da dieser nicht im Bewußtsein war, Widerstand gegen die Staatsgewalt zu leisten. — Das Gericht erkannte auf Freisprechung, weil der Tatbestand nicht genügend zu klären war.

Ein Gaunerstückchen.

Zwei falsche Kriminalbeamte haben gestern einen Zimmermann aus der Rheinsberger Straße 35 um 26 000 M., sein ganzes Vermögen, gebracht. Während er nicht zu Hause war, sprachen

bei seiner Frau zwei Männer vor, die sich als Kriminalbeamte ausgaben und erklärten, daß sie die Wohnung durchsuchen müßten, weil der Schmiegerlohn, der bei einer Bank angefiel, der Unterschlagung beschuldigt werde. Die vermeintlichen Beamten fanden bei der Untersuchung eine Kassette mit 26 000 M., die der Zimmermann in der Wohnung hatte, weil er im Begriff stand, ein Geschäft zu kaufen. Die „Beamten“ erklärten, diesen Betrag beschlagnahmen zu müssen. Die Frau wollte das nicht zugeben. Während der Auseinandersetzungen erschien auch der Mann, und nun fanden sich die „Beamten“ bereit, von der Beschlagnahme Abstand zu nehmen, aber nur unter der Bedingung, daß der Mann ihnen zur Vernehmung auf das Polizeiamt folge. Der Zimmermann

Große öffentliche Wählerversammlungen

am Donnerstag, den 22. September:

- 7. Kreis (Charlottenburg, 51. Wkt.): 7 Uhr in der Aula der Königin-Luise-Schule, Dandellmannstr. 26-28. Thema: „Die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen und die SPD.“ Ref.: Stadtverordneter Albert Horlich.
- 12. Kreis (Siedersdorf): 7 1/2 Uhr, im Alten Dorfstr. 104. Schnabel, Hindenburgdamm 104. Thema: „Die Reaktion und die Kommunalwahlen.“ Ref.: Bürgermeister Karl Wermuth.
- 14. Kreis (Neukölln, 96., 97. u. 98. Wkt.): 7 1/2 Uhr, Aula der Oberrealschule Emser Str. 86/87. Thema: „Die politische Lage und die Stadtverordnetenwahlen.“ Ref.: Konrad Haenisch, Minister a. D.
- 14. Kreis (Beig): 7 Uhr, in Beckers Jersaal. Thema: „Die politische Bedeutung der Stadtverordnetenwahl.“ Ref.: Viktor Schiff.
- 16. Kreis (Bohnsdorf): 7 1/2 Uhr, bei Wirth, Bahnhofstr. Thema: „Die Reaktion und die Stadtverordnetenwahlen.“ Ref.: Marquardt.
- 17. Kreis (Lichtenberg): 7 1/2 Uhr, Schulstra. Parkave. Thema: „Die politische Lage und die Stadtverordnetenwahlen.“ Ref.: Paul Hirsch, Ministerpräsident a. D.
- 20. Kreis (Hermisdorf): 8 Uhr, Restaurant Bellevue (Nähe Bahnhof Hermisdorf). Thema: „Die politische Lage und die Stadtverordnetenwahlen.“ Ref.: Dr. Kallmann. (Nicht wie angegeben am Mittwoch, den 21. September.)

ging auch mit. Unterwegs entfernte sich einer der Begleiter mit dem Bemerkten, daß er sich Zigaretten kaufen wolle, und kam nicht wieder. Später verschwand unter einem Vorwand auch der andere. Als der Zimmermann wieder nach Hause kam, erfuhr er zu seinem Schrecken, daß einer der „Beamten“, und zwar der, der die Zigaretten holen wollte, wieder dagewesen war und die Kassette mit den 26 000 M. nun doch mitgenommen hatte. Er hatte der Frau vorgeschützt, ihr Mann sei selbstenommen worden und habe sich jetzt mit der Beschlagnahme der Gelder einverstanden erklärt. Der Betroffene hat auf die Wiederbeschaffung des Geldes eine Beschlagnahme von 2000 M. ausgelegt. Der eine der Gauner steht am Ende der Zwanziger, der andere in der Mitte der Dreißiger Jahre. Der eine trug einen schwarzen Leberzieher, der zweite einen grauen Ulster. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Gennat im Zimmer 104 des Berliner Polizeipräsidiums entgegen.

Der Weiterbau der Nord-Südbahn.

Wie erinnert, soll beim Bau der Nord-Südbahn zunächst die Stammstrecke Seestraße bis zum Halleschen Tor fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Der Anschluß an die beiden im Bau befindlichen Neuköllner Untergrundbahnstrecken soll erst dann hergestellt werden, wenn die Nordstrecke in Betrieb genommen worden ist. Schon jetzt aber werden die durch den Untergrundbahnbau erforderlichen Verletzungen von Gas-, Wasser- und Kanalisationsröhren vorgenommen, damit der Bau durch diese meist langwierigen Arbeiten nicht aufgehalten wird. In der Gneisenau-Edel-Becke-Alliance-Straße wird jetzt eine derartige Arbeit ausgeführt. Hier handelt es sich um den Bau eines Dükters, der durch seine außerordentliche Größe auffällt. Der große Rotauslass des Tempelhofer Feldviertels kreuzt an dieser Stelle zum zweiten Male die Bahn. Die Einmündung des Rotauslasses in den Wandwehrkanal, der früher dicht neben der Bellevue-Brücke lag, mußte infolge der Bauarbeiten nach dem Tempelhofer Ufer verlegt werden. Nunmehr findet eine zweite Verlegung des Rotauslasses an der Gneisenaustraße statt.

Zur Klärung des Leichensundes in der Swinemünder Straße fand gestern eine Disziplinierung durch die Nordkommission der Kriminalpolizei statt. Sie bestätigte, daß auch in diesem Falle kein Verbrechen vorliegt. Es ist nichts geraubt worden, man fand im Begetel noch eine Summe barem Gelde. Zur genauen Feststellung der Todesursache wird die Leiche obduziert.

Die Bezirksverordnetenversammlung des XIII. Bezirks (Tempelhofer) wählte den bisherigen Vorstand wieder. Eine Anfrage huettchen und Genossen (Bürgerl.) wegen der während der Arbeitszeit vorgenommenen Abkündigung der Gemeindearbeiter über die Teilnahme an einem Sympathiestreit wurde vom Bürgermeister Groß dahin beantwortet, daß er im Einverständnis mit dem Berliner Magistrat gehandelt habe. Die Gemeinde ist in diesem Falle nicht geschädigt worden, sondern vor größeren Schäden bewahrt geblieben. — Die Antragsteller waren mit der Erklärung des Bürgermeisters zufriedengestellt. Ein Antrag der Kommunisten Brandt und Genossen forderte die Freigabe der Turnhalle des Bygeums in Tempelhof für den Turnverein „Fichte“. Vom Schulrat Scheske wurde im Namen des Bezirksamtes die Zulage erteilt. Bei dieser Gelegenheit beantragte Bezirksverordneter Rost (Demokr.), die Schulräume für politische Versammlungen und künstlerische Veranstaltungen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Auf Antrag des Genossen Burgemeister wurde eine fünfgliedrige Kommission zur Prüfung dieser Angelegenheit eingesetzt. Die Vorlage des Bezirksamtes betreffend Aufhebung der Ortsstatute für die Gemeinden Tempelhof und Mariendorf zwecks Prüfung der Bedürfnisfrage bei Errichtung der Schankwirtschaften wurde einstimmig angenommen. Eine Mitteilung des Bezirksamtes über die Verhandlungen zur Herabsetzung der elektrischen Strompreise mit der Direktion der Vorort-Elektrizitäts-Werke führte zu einer längeren Debatte. Dem demokratischen Vertreter Rost entschlüpfte dabei der Ausspruch, „die elektrischen Privatbetriebe schwimmen im Gelde“. Er wollte damit den Nachweis liefern, daß die städtischen Werke nicht rentabel wirtschaften können. Von den sozialistischen Vertretern wurde der gegenteilige Nachweis erbracht und die Außerwahrung des Herrn Rost dahingehend ausgelegt, daß dann diese Betriebe für Sozialisierung reif seien. Bürgerm. Groß berichtete

Aber die Verhandlungen wegen Ausgestaltung der Verbindungen nach Mariensfeld und Lichtenrade. Stadtrat Adler als Vertreter der Betriebsinstitute erklärte an, daß eine bessere Verbindung geschaffen werden müsse, eine Verlängerung der Linie 73 nach Lichtenrade könne vorläufig nicht in Frage kommen. Es soll eine gleislose Anschließbahn geschaffen werden. Der Anschluß der Linie 70 nach Mariensfeld soll geprüft werden. Sämtliche Redner erwiderten das Bezirksamt, nichts unversucht zu lassen, um diese Angelegenheit mit Erfolg zu regeln. Aus Anlaß der Belegung der Tempelhofer Schulen beim Kapp-Putsch sind Schäden in Höhe von 27 832 M. entstanden. Das Landesfinanzamt Groß-Berlin will vergleichsweise die Summe von 23 000 M. erstatten. Das Bezirksamt hat sich in seiner Sitzung mit diesen Vorschlägen einverstanden erklärt.

Der Neuköllner Ehrenfriedhof. Der von der Stadtgemeinde innerhalb des Begräbnisplatzes an der Gottlieb-Dunkel-Straße zu Ehren gefallener Neuköllner Krieger errichtete Friedhof ist jetzt endgültig geschlossen worden. 175 Opfer des Weltkrieges sind dort zur letzten Ruhe gebettet worden. Je nach der Jahreszeit werden die Feldengräber, die einheitlich mit einem Gedenkstein in Form eines Eichenkranzes geziert sind, durch die Friedhofsgärtnerei mit wechselndem Blumen Schmuck ausgefattet. In Aussicht genommen ist noch die Einfügung eines massiven Eingangsportals in die umgebende Taxusbede.

Arbeitsgemeinschaft sozialhygienischer Reichsausschüsse. Die Deutsche Vereinigung für Säuglingsschutz, das Deutsche Zentralkomitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, die Deutsche Vereinigung für Krüppelfürsorge und der Deutsche Verein gegen den Alkoholismus haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen (Geschäftsstelle: Charlottenburg 5, Frankstraße). Der Zweck ist, ein engeres Zusammenarbeiten der vereinigten Verbände herbeizuführen, sich gegenseitig zu fördern, zu ergänzen und zu unterstützen und zu Gesetzgebungs- und Verwaltungsmassnahmen gemeinsam Stellung zu nehmen.

Für zwei Schrippen vier Mark. Ein Bucherer hatte es am 16. Juni d. J. fertig gebracht, einem 63jährigen Arbeiter U. in Romapes für zwei Schrippen 4 M. abzufordern. U. wollte beim Bäckermeister Knop in Romapes zwei Schrippen erstehen und legte 5 M. auf den Tisch. Er erhielt trotz aller Einwendungen nur 1 M. zurück. „Towohl, die Schrippe kostet 2 M., sie ist aus reinem Weizenmehl“. Die bestimmten Befundungen des Zeugen hallen heute dem Gericht über den Vertagungsantrag des Anwalts hinweg, der Angeklagte wurde wegen Preistreiberei zu 500 M. Geldstrafe verurteilt.

Eine Obstsortenschau veranstaltet im Erfrischungstraum des Warenhauses Hermann Tied, Alexanderplatz, die Epäthische Baum-schule, Berlin-Baumhuldenweg, vom 22. bis 29. September. Es soll den Gartenbesitzern und Siedlern Gelegenheit gegeben werden, die Früchte der verschiedenen Obstsorten kennenzulernen. — Außerdem ist ein Fachmann anwesend, der Interessenten über sämtliche obstbaulichen Fragen unentgeltlich Auskunft erteilt.

Ablauf der Anmeldefrist für Auslandsforderungen. Die der Bund der Auslandsdeutschen mittelt, läuft am 30. September d. J. die Frist für die Anmeldung deutscher Vorkriegsforderungen zum Ausgleichsverfahren ab. Diejenigen Auslandsdeutschen, die Forderungen, z. B. Bankguthaben und Ähnliches, beim Bund der Auslandsdeutschen angemeldet haben und der Meinung waren, von einer besonderen Anmeldung beim Reichs-Ausgleichsamt absehen zu können, seien in letzter Stunde nochmals nachdrücklich darauf hingewiesen, daß sie ihre Forderungen nur beim Reichs-Ausgleichsamt anzumelden haben. Eine Unterlassung der Anmeldung wird mit Verlust der Forderung bedroht und außerdem noch unter Strafe gestellt.

Wieterratschule. Der Wieterrund Berlin-Steglich e. V. hält am Mittwoch, den 21. d. M., im Restaurant „Lauenburger Kasino“ in Steglitz, Ecke Lauenburger und Göttingerstraße, eine Wieterratschule ab. Besondere Verhandlungsgegenstand ist das wichtige Thema der Rentabilitätsberechnung, worüber der erste Vorsitzende, Herr Witz, sprechen wird. Geschäftsstelle des Bundes ist Hort-Roß-Str. 1.

Gesunden wurde am Sonntag in der Jugendweide in den Kammersälen eine goldene Sette mit Anhänger. Der Eigentümer kann sich unter Angabe von Merkmalen, die ihn als Eigentümer ausweisen, bei Frau Wehrmann, Berlin N. 4, Wöhlerstr. 20, vorn 4 Tr. melden.

Ein Ringkampf zwischen Hans Steink und Otto Hubstanen findet am 23. September, abends 8 1/2 Uhr, im Circus Zarajell am Bahnhof Friedrichstraße statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, den 21. September:

- 20. Wkt. 7 1/2 Uhr Zusammenkunft sämtlicher Funktionäre bei Jurat. Wöhringstr. 10. Die Betriebsvertrauensleute müssen auch erscheinen.
- 64. Wkt. Sonntag. 8 Uhr Mitgliederversammlung bei Lehmann, Kaiser-Wilhelm-Straße. Referent Arthur Dänzlner: „Die politische Lage“.
- Reinhold. 99. Wkt. 7 1/2 Uhr Funktionärssitzung bei Borach, Ransauerstr. 1. — Jungsozialisten. Gruppe Panlow: 7 1/2 Uhr im Jugendheim Breite Str. 23 (hinten dem Finanzamt). Mitgliederversammlung. — Betriebs- und erste Literatur. Referent Genosse Otto Daniels.

Morgen, Donnerstag, den 22. September:

- 4. Kreis Prenzlauer Berg. 7 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes bei W. Burg, Prenzlauer Allee 189.
- 28. Wkt. 7 Uhr Schule Schönhauser Allee 166a. Sitzung der Abteilungsleitung mit den Bezirksführern und deren Stellvertretern. Wichtige Tagesordnung: Erschienen dringend notwendig.
- 81. Wkt. Friedenau. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Gefangenen-Haus, Göttingerstr. 13/14. Referent J. Altmeppen: „Bayern und Deutschland“.
- 114. Wkt. Lichtenberg. 7 1/2 Uhr Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute im Lokal von Schlenker, Simplonstr. 41. Wichtige Tagesordnung: Offense der Altersbeihilfe. Mittlich 6 Uhr Sitzung im Sekretariat Lichtenbr. 3. 2. Hof, 2 Tr. Das Erscheinen aller Offense dringend erforderlich, da wichtige Tagesordnung.
- Jungsozialisten. Gruppe Schönhauser Vorstadt: 7 1/2 Uhr bei Carl, Wöhlerstr. 69, Vortrag: „Damburger Geschichten“. Referent Daniels.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend. Sekretariat: SW. 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: NW. 121 68-18.

Sitzung, das Jugendsekretariat ist heute nur in der Zeit von 3-5 Uhr geöffnet.

Heute, Mittwoch, den 21. September:

- Spandau: Jugendheim Schule Marktpfah, Vortrag: „Die germanische Markgenossenschaft“.
- Reichenhagen: Jugendheim Schwanenbergr. 165a, Vortrag: „Alkohol und Nikotin“.
- Gesundbrunnen: Jugendheim Gothenburger Str. 2, Vortrag: „Siedmähriges Bannern“.
- Kaulsdorf: Jugendheim Wöhringstr. 23, Vortrag: „Herbrand Kasse“.
- Kaulsdorf-Büd: Jugendheim Gensowstr. 1, Vortrag: „Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“.
- Schönberg: Jugendheim Schule Rönigstraße, Vortrag: „Sied und Fiel“.
- Mahlsdorf: Jugendheim Schule Rönigstraße, Vortrag: „Die deutsche Revolution von 1848“.
- Prenzlauer Vorstadt: Jugendheim Gensowstr. 6, Vortrag: „Gemeinschaftserziehung“.
- Wedding: Jugendheim Schule Wöhringstr. 6, Vortrag: „Kulturgeschichte“.
- Weseler: Jugendheim Drogenwerfstraße, Vortrag: „Kulturgeschichte“.
- Südfeld: Zentraljugendheim Lindenstr. 3, Vortrag: „Schule und Politik“.

DEGEEA
Elektrischer Teekessel
D. R. P.



Eleganter Geschenkartikel
Teesieb leicht entfernbar · Praktisch
Sauberste, künstlerische Ausführung
Hochglanz vernickelt. Überall erhältlich
Erzeugnis
der Auerlicht-Gesellschaft
Berlin O 17

Potenzierte Justizkomödie.

Die französische Regierung wird nicht müde, die Geschäfte der Deutschnationalen zu besorgen. Es gibt fast keine Frage, in der sie nicht im Gegensatz zu den anderen Hauptmächten der Entente jenen scharfmacherischen Standpunkt gegen Deutschland einnimmt, der unteren Reaktionen den wertvollsten und unerschöpflichen Stoff für ihre nationalistische Agitation gegen die Erfüllungspolitik der jetzigen Reichsregierung liefert. Sie kann nicht einmal mehr zu ihrer Entschuldigung anführen, daß sie sich dabei der Folgen ihrer Haltung nicht bewußt sei: hätte sie schon früher den unaufhörlichen Mahnungen, die ihr von republikanischer deutscher Seite zugehen, Gehör schenken sollen, so doch erst recht, wo nun ihre eigenen Bundesgenossen ihr zur Mäßigung im Interesse der demokratischen Entwicklung in Deutschland zureden, wie es noch kürzlich auf der Pariser Konferenz des Obersten Rates Lloyd George und Curzon getan haben. Umsonst; soeben hat der französische Justizminister Bonnevay feierlich verkündet, daß die Kriegsverbrecherprozesse, nachdem die Leipziger Probe „ungenügend“ ausgefallen sei, auf französischem Boden stattfinden würden, denn es gebe wenigstens „Richter in Frankreich“. Die angeklagten deutschen Militärpersonen werden der Form halber vorgeladen, und da sich vermutlich keiner freiwillig in die Hände des Löwen begeben wird — was auch wir ihnen nicht zumuten wollen —, werden sie in contumaciam zu hohen Zuchthausstrafen von den französischen Kriegsgerichten verurteilt werden. Auf französischer Seite, sogar aus dem Munde des Ministerpräsidenten Briand, ist zur Zeit der Leipziger Prozesse das Wort „Justizkomödie“ gefallen. Nun — um was wird es sich bei diesen Prozessen vor französischen Gerichten, gar ohne Vollstreckungsmöglichkeit, handeln? Was wird damit erreicht werden? Höchstens, daß einzelne Angeklagte, die wirkliche Kriegsverbrecher sind, als solche in Leipzig einer harten Strafe nicht entgangen sein würden und vor allem der Verachtung von Millionen gerecht und menschlich denkender deutscher Proletarier preisgegeben worden wären, nicht nur frei herumlaufen, sondern auch als Märtyrer französischer Racheinstincte von der Bulle-Clique gefeiert werden, ohne daß uns die Möglichkeit geboten wird, diesem Kummel entgegenzutreten. Alles in allem wird dadurch, wie immer, französischerseits die beste Werbearbeit für die deutsche Reaktion geleistet.

Diese Politik wirkt auf uns um so widerwärtiger, als fast täglich neue Beweise dafür geliefert werden, daß Frankreich am Allerwenigsten Anlaß hätte, über die eigene Justiz und über die eigene Kriegsführung stolze Töne zu reden. Die von französischen Kriegsgerichten an eigenen Soldaten vollzogenen Schrecklichkeiten werden erst nach und nach durch die Arbeiterpresse bekannt und erregen in Kreisen des französischen Volkes die stärkste Entrüstung. Aber auch Schandtaten französischer Offiziere gegen deutsche Verbündete kommen ebenfalls durch französische Zeugen allmählich ans Tageslicht. So berichtet ein ehemaliger Kriegsteilnehmer namens Blanchon in der „Humanité“ vom 11. d. M. über das Verbrechen des Hauptmanns Vincent, genannt Ribot, jetzt in der Stadt Chaumont anständig, der Ende März 1917 als Führer der 14. Kompanie des 217. Inf.-Regt. einen schwerverwundeten deutschen Gefangenen stundenlang ohne Pflege liegen ließ. Nach einigen Stunden erwartete man einen deutschen Gegenangriff, und der Hauptmann erklärte wiederholt, er befürchte, daß wenn die Deutschen in die Stellung eindringen würden, sie sich über diese Behandlung des Verwundeten empören und an den Franzosen Rache nehmen könnten. Aus diesem Grunde gab der Hauptmann den Befehl, „der eigenen Sicherheit halber“ den schwerverwundeten Gefangenen zu erschießen. Alle Soldaten waren darüber empört und keiner wollte den Nordbefehl ausführen. Schließlich fand sich ein Krankenträger mit dem Abzeichen des Genfer Roten Kreuzes dazu bereit, mit dem Dienstrevolver des Hauptmannes den um Gnade schreienden Deutschen niederzumachen!

Der Kriegsteilnehmer Blanchon erklärt sich bereit, noch andere Zeugen der geschilderten Barbarei namhaft zu machen. Wir sind gespannt, ob der Justizminister Bonnevoay auch in diesem und in ähnlichen bereits bekannt gewordenen Fällen sein stolzes Wort, daß es wenigstens in Frankreich noch Richter gebe, praktisch anwenden wird.

Verhandlungen mit der Garantiekommision.

Paris, 20. September. (G.) Das Garantiekomitee wird sich bekanntlich am Donnerstag nach Berlin begeben. Es wird insbesondere die Kontrolle über die deutsche Ausfuhr zu prüfen und mit den deutschen Vertretern die Modalitäten für die Zahlung der festen und der veränderlichen Annuitäten zu besprechen haben. Bekanntlich hat Deutschland am 15. November drei Monatsraten der 20prozentigen Ausfuhrabgabe zu bezahlen. Nimmt man die Ausfuhr Deutschlands zu 5 Milliarden an, so hätte Deutschland 300 Millionen Goldmark zu zahlen. Am 15. Januar ist die zweite Monatsrate der festen Jahresrate von 500 Millionen Goldmark fällig.

Ein Geheimvertrag Clemenceaus.

Paris, 20. September. (G.) Der „Matin“ veröffentlicht heute morgen einen Geheimvertrag, den Clemenceau am 15. Dezember 1919, also fünf Wochen vor der französischen Präsidentenwahl, für die er als Kandidat aufgestellt war, abschloß. Dieser Vertrag lautet:

- Den 15. Dezember 1919.
- Es wird abgemacht:
1. Daß die französische und die englische Regierung keinen Minister in der Reparationskommission ernennen werden.
 2. Daß die Rolle und die Aufgabe des Präsidenten dieser Kommission durch eine Note im Hinblick auf umschrieben werden sollen.
 3. Daß der Generalsekretär der Reparationskommission ein Engländer sein muß.
 4. Daß die Zahlungen Deutschlands in erster Linie zur Deckung der Befehungskosten sowie solcher Lieferungen von Lebensmitteln und Rohstoffen dienen müssen, die Deutschland unter den vom Friedensvertrag vorgesehenen Bedingungen bewilligt werden können. In zweiter Linie sollen die Zahlungen Deutschlands zur Deckung der belagerten Prioritäten dienen. Sobald diese Zahlungen einmal erfolgt sind, wird zu einer proportionalen Verteilung aller Zahlungen Deutschlands geschritten werden, die Naturalleistungen Deutschlands einbehalten mit Ausnahme derjenigen Gegenstände, von denen festgesetzt wurde, daß sie in den Ländern entnommen waren, die nunmehr die Zurückverpflichtung des Entnommenen verlangen. (Artikel 228 des Friedensvertrages, Bestimmungen, die der Zustimmung der englischen Dominions unterliegen.) Es wird vereinbart, daß der proportionale Teil, der Frankreich und dem englischen Weltreich zu Reparationszwecken zugewiesen wird, zwischen

Frankreich und dem englischen Weltreich im Verhältnis von 11 : 5 aufgestellt werden soll.

5. Die englische Regierung wird die Wahl eines Franzosen zum Präsidenten der Reparationskommission unterstützen. Die französische Regierung stimmt dem bereits von den Vertretern Englands, Italiens und Belgiens angenommenen Vorschlag zu, daß die Schiffahrtsabteilung (shipping-section) ihren Sitz in London haben wird. Für diese Organisation wird Frankreich die Wahl eines englischen Präsidenten unterstützen.

6. Die englische Regierung stimmt der Ausgabe einer französischen Anleihe in London zu. Deren Höhe wird dann festgesetzt werden, wenn der Zustand des englischen Marktes diese Anleihe im Augenblick ihrer Emission gestattet. Man kann annehmen, daß diese Anleihe etwa im März 1920 ausgesetzt wird, doch bleibt die Festsetzung des genauen Zeitpunktes sowie die Höhe der Anleihe späteren Abmachungen zwischen beiden Ländern überlassen. Das Ergebnis dieser Anleihe wird ausschließlich in dem Vereinigten Königreich verwendet.

7. (Geheim.): Die französische Regierung wird nicht die Rückertattung des Goldes verlangen, das in Durchführung der Abmachungen von Calais in England zurückbehalten wird, bis zu dem Augenblick, wo die ganze Schuld Frankreichs gegenüber der englischen Regierung zurückgezahlt sein wird.

Der „Matin“ behauptet fest, daß diese Abmachungen bisher geheimgehalten wurden und daß sie unglücklich und verbrecherisch zugesehrt wären, namentlich sei es ungeschwerlich, daß beschlossen wurde, daß zunächst die englischen Befehungskosten und dann die belgische Priorität bezahlt werden müßten. Da dieses Abkommen bestand, war möglich, andere Abmachungen durchzuführen, weil Clemenceau Frankreichs Hände bereits vorher gebunden hatte. Man habe daher jetzt kein Recht, über die Abmachungen der Finanzministerkonferenz vom 13. August 1921 zu leugnen.

Vor der Aufhebung der Sanktionen? Befriedigende Verhandlungen.

London, 20. September. (W.B.) Reuter meldet: Dem Bernehmen nach schreiten die die Sanktionen und die Austagung der im August getroffenen Entscheidung des Obersten Rates betreffenden Verhandlungen zwischen der britischen und der französischen Regierung und zwischen den Alliierten und Deutschland sehr befriedigend fort. Der französische Botschafter sprach heute nachmittag im Foreign Office vor und erörterte die Frage mit dem ständigen Unterstaatssekretär. Nach einer Information aus französischer Quelle war der Botschafter der Meinung, daß der britische Gesichtspunkt über die Frage der Modalitäten tatsächlich derselbe ist wie der französische Gesichtspunkt, nur Einzelheiten seien noch zu erörtern.

„Socialdemokraten“ gegen Frankreichs Haltung.

Stockholm, 20. September. (W.B.) Anlässlich der von Frankreich neu erhobenen Einwände gegen die vom Obersten Rat beschlossene Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen schreibt „Socialdemokraten“: Man muß sich fragen, ob es wirklich Frankreichs würdig ist, immer wieder mit seinem hinter noch so kümmerlichen Vorwänden mastierten unversöhnlichen Haß gegen Deutschland auf dem Plan zu erscheinen. Seine Politik im Völkerbund und seine sonderbaren Maßnahmen im Saargebiet verringern die Sympathie für Frankreich und isolieren es. Nicht genug damit, daß man den Franken als Münzeinheit im besetzten Gebiet eingeführt hat, sucht man auch einen neuen völkerrechtlichen Begriff zu schaffen: den Saareinwohner, das ist jeder, der im Saargebiet wohnt, dadurch werden Deutsche aus anderen Teilen der Republik Ausländer im Saargebiet. Ist der Versailler Vertrag wirklich so elastisch?

Völkerbundrat und Wilnafrage.

Tiefer Gegensatz — keine Lösung.

Genf, 20. September. (W.B.) Der Völkerbundrat schloß heute in öffentlicher Sitzung die gestrige Debatte über den litauisch-polnischen Streitfall vorläufig ab. Da eine Übereinstimmung zwischen den polnischen und den litauischen Vertretern nicht erzielt werden konnte, nahm der Rat eine Entschließung Hymans-Belgians an, wonach der Abkommensentwurf Hymans vom Rat zur Annahme empfohlen werden soll. Außerdem soll Hymans der Völkerbundversammlung den gegenwärtigen Stand der ganzen Angelegenheit darlegen, so daß sie zur Beilegung des Streitfalles beitragen kann.

Der polnische Delegierte Stenach erklärte sich mit großer Heftigkeit gegen das gewählte Verfahren, ging auf die optimistische Darlegung Hymans von der prinzipiellen Übereinstimmung zwischen den beiden Parteien ein und betonte nochmals die polnischen Rechte auf das strittige Wilnaer Gebiet. Mit großer Ruhe und Ironie wies der litauische Vertreter Salvanaukas auf die wahren Absichten der polnischen Politik in der ganzen Frage hin. Polen wolle bis in alle Ewigkeit verhandeln, weil es ja die strittigen Gebiete durch den Rebellen Jeligowski besetzt habe.

In einer groß angelegten Rede vertrat Balfour-England den Standpunkt, daß die polnische Haltung in der Befehungsfrage die ganzen Verhandlungen erschwert habe. Er ermahnte den polnischen Delegierten, seiner Regierung davon Mitteilung zu machen, welchen Eindruck ihre Stellungnahme in der Angelegenheit des Generals Jeligowski in der Welt machen müsse und sprach seine tiefe Enttäuschung über den Verlauf der polnisch-litauischen Verhandlungen aus.

Léon Bourgeois-Frankreich verlas unter lebhafter Liebensewürdigkeit für Polen eine durchaus optimistische Auffassung, in der er aussprach, er lege das Schwergewicht vor allem auf die Notwendigkeit eines engeren Zusammenhanges der beiden Bruderländer, die auf eine gemeinsame Zukunft angewiesen seien.

Nach Annahme der Entschließung gaben der polnische und der litauische Vertreter nochmals kurze Erklärungen ab, in denen der tiefste Gegensatz zwischen den beiderseitigen Ausführungen zum Ausdruck kam.

Aufnahme Litauens in den Völkerbund.

Genf, 20. September. (G.) Die Kommission, die die Aufnahmegefrage zu behandeln hat, besprach heute die Aufnahme Litauens. Stenach beantragte Beschleunigung des Aufnahmegefrage, weil er an die Aufnahme die Bedingung knüpfen, daß eine Untersuchungskommission vom Völkerbund nach Litauen entsandt würde, um die Prüfung der Lage der Polen im Gebiet von Rowno vorzunehmen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der polnischen Vertreter und der Vertreter Rumäniens abgelehnt und die Aufnahme Litauens in den Völkerbund beschlossen.

Um Deutschlands Eintritt.

Paris, 20. September. (G.) Dem „Journal des Débats“ wird aus Genf gemeldet: Wenn man die Stimmung betrachtet, die innerhalb der Völkerbundversammlung und der Kommission herrscht, so hat man den Eindruck, daß eine positive Bitte Deutschlands, in den Völkerbund aufgenommen zu werden, nicht abgelehnt werden würde. Wenn das Kabinett Birich an der

Macht bliebe und der verständliche Geist, der es befeelt, weiter bestehen würde, würde eine Kandidatur Deutschlands günstig aufgenommen werden. Die Reaktionen im Deutschen Reichstag geben allerdings vor, daß Deutschland nicht den Wunsch hätte, eine Kandidatur anzunehmen, aber der Vertreter des „Journal des Débats“ glaube zu wissen, daß dies nicht die wahren Gefühle des Volkes seien. Man habe vielmehr den Eindruck, als ob sich die öffentliche Meinung Deutschlands immer mehr und mehr für einen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ausspreche.

Bisher 10 Millionen für Rußland.

Amsterdam, 20. September. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Nach den Mitteilungen, die ein großer Teil der gewerkschaftlichen Landeszentralen bisher an den Internationalen Gewerkschaftsbund über das Ergebnis der Sammlungen für das leidende Rußland gemacht haben, stehen dem Internationalen Gewerkschaftsbund bis zur Stunde 9½ Millionen Mark zur Verfügung. Dieser Betrag dürfte aber nur die Hälfte der bisher gesammelten Gelder darstellen, da zurzeit eine große Zahl von Ländern noch nicht berichtet hat.

Am den Anlauf von Medikamenten für die zur Verfügung stehenden Gelder vorzunehmen, um den Transport nach Rußland zu organisieren und eine wirksame Kontrolle und Verteilung sicherzustellen, wird Genosse Jizmen, einer der beiden Sekretäre des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sich heute nach Berlin begeben.

Diese Meldung des Internationalen Gewerkschaftsbundes ist ein erfreulicher Beweis dafür, daß die Solidarität der internationalen Arbeiterschaft nicht durch den Krieg vernichtet werden konnte. Diese Solidarität aller Arbeitenden und Leidenden kommt nicht in tönernen Worten und guten Ratschlägen zum Ausdruck, sie zeigt sich darin, daß die Arbeitenden der ganzen Welt trotz der traurigen wirtschaftlichen Lage jedes einzelnen bereit sind, abzugeben von dem wenigen, was sie haben, für diejenigen, die nichts besitzen. Das glänzende Ergebnis dieser Hilfsaktion für Sowjetrußland zeigt, daß die Arbeiter, soweit sie der Amsterdamer Internationale angehören, sich durch keine Beschimpfung der Sowjetregierung und ihrer Agenten von der Betätigung ihres Gesühls der Brüderlichkeit gegenüber den russischen Arbeitern abhalten lassen. Sie verlangen dafür keinen Dank, weil sie etwas Selbstverständliches taten, aber sie erwarten, daß die Bolschewisten hieraus lernen und anerkennen, daß sie nicht die „Gelben“, die „Arbeiterverräter“ sind, als die sie von Moskau hingestellt werden, sondern daß sie Klassenbewusste Arbeiter sind und als solche handeln.

Sowjetrussische Kulturpläne in Berlin.

Der in Berlin eingetroffene stellvertretende russische Volkskommissar für Bildungswesen Grünberg teilt dem „Ost-Express“ mit, daß er an der Spitze einer Kommission von mehreren Professoren gekommen sei, um die Tätigkeit des russischen Staatsverlages ins Ausland zu verlegen, da in Rußland nicht genügend Bücher gedruckt werden könnten. In Berlin wird in engster Fühlung mit der russischen Außenhandelsvertretung ein großer Verlag eröffnet. Der Kommission sind große Summen zur Verfügung gestellt. Sie hat auch die Aufgabe, die Beziehungen zu den westeuropäischen wissenschaftlichen und pädagogischen Kreisen nach siebenjährigem Kriege wiederherzustellen. Mit der deutschen Regierung wird über die Errichtung einer großen russischen Kunstaustellung in Berlin verhandelt, wo alle Künste vertreten sein sollen; die deutsche Regierung verhält sich entgegenkommend zu diesem Gedanken.

Wir sind die letzten, die an diesen kulturellen Bestrebungen und Beziehungen etwas auszusetzen hätten. Wogegen wir aber schärfsten Einspruch erheben müssen, das ist, daß in einer Zeit, wo die Arbeiter ganz Europas ihre Rotgrößen freiwillig zugunsten des hungernden russischen Volkes opfern, die Sowjetregierung kostspielige Missionen entsendet und Einrichtungen ins Leben ruft, die übrigens zweifellos in erster Linie der politischen Propaganda für Sowjetrußland und den Kommunismus dienen sollen. Nicht, daß wir die Gefahr dieser Propaganda besonders hoch einschätzen, obwohl sie schon Unheil genug in den Reihen des internationalen Proletariats angerichtet hat. Aber wir müssen gegen diesen unmoralischen Widerspruch protestieren, der darin liegt, daß die Sowjetregierung angeblich nicht genug Geld hat, um im Auslande Lebensmittel einzukaufen und daher an die Sommerfreudigkeit auch jener Arbeiterorganisationen, wie sie sonst so kräftig bekämpft, appelliert, und auf der anderen Seite Millionen dafür ausgibt, kommunistische Blätter zu unterhalten, Bücher und Broschüren unter dem Selbstkostenpreis zu verlegen, unzählige Missionen vorübergehend oder dauernd im Auslande zu unterhalten usw.

Scharfer englischer Protest in Moskau.

London, 20. September. (W.B.) Reuters Bureau verbreitet folgende Mitteilung: Seit Abschluß des englisch-russischen Handelsabkommens enthielt sich die britische Regierung loyal jeder feindseligen Handlung gegen die russische Regierung. Dagegen hat die Sowjetregierung ihren Feldzug der Unwahrhaftigkeit und Feindseligkeit gegen die britische Regierung in ganz Mittelasien und Afghanistan verschärft. Die britische Regierung ist entschlossen, ein solches Vorgehen nicht zu dulden. Sie hat demgemäß nach Moskau eine in scharfen Worten abgefaßte Note gerichtet, in der sie die Aufmerksamkeit auf diesen schweren Bruch des Vertrauens lenkt und Aufklärung verlangt.

Deutsche und französische Freimaurer.

Paris, 20. September. (W.B.) Die Generalversammlung der Abgeordneten der Freimaurerlogen des Grand Orient de France ist gestern zusammengetreten. Der Vizepräsident Court sprach dabei von dem demnächstigen Zusammentritt einer internationalen Freimaurerkonferenz in Genf und betonte die pazifistischen Wünsche des Grand Orient. Trotzdem erklärte er, werden wir dieser Konferenz an der Seite der Vertreter der deutschen Logen nur teilnehmen können, wenn diese laut die Verletzungen desapouieren, die während des Krieges gegen die Grundsätze der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, die allen Freimaurern heilig sind, begangen worden sind. Wir wollen sehen, ob die deutschen Logen fähig sind, gegen den Kaiser und die Imperialisten die Beste zu machen, welche das französische Freimaurertum gegen Napoleon III. gemacht hat.

Herabsetzung der Dienstzeit in Frankreich? Der französische Kolonialminister Sarraut erklärte dem Mitarbeiter des „Intransigent“, Frankreich werde in allerhöchster Zeit die Militärpflicht herabsetzen können und zwar dank seiner Kolonien, durch die Frankreich eine neue Militär-Organisation erhalte, die auf einer Eingeborenen-Armee von 300 000 Mann begründet sein werde.

Befoldungsordnung oder Tarifvertrag.

Von Hugo Pöschel.

In der Stadtverordnetenversammlung und auch anderswo ist der ablehnende Beschluß des Magistrats über die Frage des Tarifvertrages für die Angestellten der städtischen Werke sehr scharf beurteilt worden. Ob der Standpunkt der Mehrheit des Magistrats richtig war oder nicht und welchen Gründen sie dabei gefolgt ist, will ich hier nicht erörtern. Nun wird aber den sozialdemokratischen Magistratsmitgliedern darüber hinaus noch ein weiteres Vorgehen zur Last gelegt. Sie sollen, indem sie gegen die Vereinbarung eines neuen Tarifvertrages und für die Eingruppierung der Angestellten in den Beamtenbefoldungsplan stimmten, gegen einen gewerkschaftlichen Grundsatz verstoßen haben, den Grundsatz nämlich, daß Freigewerkschafter und Sozialisten stets für den Abschluß von Tarifverträgen eintreten müssen.

Diese Auffassung ist durchaus abwegig. Wie hat sich der Tarifgedanke in der Arbeiterschaft entwickelt? Nun, zunächst fand er innerhalb der Gewerkschaften selbst eine große Gegnerenschaft. Erst nach und nach setzte er sich durch in den eigenen Reihen und schließlich auch bei den Unternehmern. Diese zu Tarifverträgen zu zwingen, ist nicht so leicht gewesen; in vielen Industriezweigen hat es hartnäckige Kämpfe um die Anerkennung dieses Grundsatzes gegeben. Die Schwerindustrie war erst in der Kriegszeit an den Verhandlungstisch zu bringen. Gegenüber dem Unternehmertum war und ist es selbstverständliche gewerkschaftliche Pflicht, für den Tarifvertrag einzutreten als das bessere im Gegensatz zu gänzlicher Vertragslosigkeit, zu jener vielgerühmten manchesterlichen „Freiheit des Individuums“, die in Wirklichkeit den einzelnen Arbeiter in die vollständige Abhängigkeit vom Unternehmer bringt.

Liegt hier ein solcher Fall, ein solches Bestreben vor? Keineswegs! Der Magistrat wollte ja ebenfalls korporative Verträge mit den einzelnen Angestelltengruppen abschließen. Er wollte sie in das Beamtenverhältnis überführen; in ein Vertragsverhältnis also, das noch viel enger, ich möchte sagen, viel intimer ist und das den Angestellten noch mehr Vorteile bietet. Die Beamtenbefoldungs- und die sonstigen Beamtenverhältnisse werden, obwohl es noch an einem Beamtenrecht fehlt, nicht aufkotrotzt, sondern kommen heute ebenfalls nur durch einen Vertrag, durch gegenseitige Verhandlungen zustande.

Nun haben allerdings die Angestellten das Recht, zu sagen, wir wollen nicht Beamte werden, wir ziehen es vor, in einem losen Vertragsverhältnis zu bleiben. Was den Magistrat veranlaßte, den entgegengesetzten Standpunkt einzunehmen, waren rein praktische Erwägungen. Nicht die Rechte der Angestellten wollte er schmälern, sondern sie in Uebereinstimmung bringen mit denen der Beamten. Es ist ein unhöflicher Zustand, eine Quelle dauernder Konflikte, wenn von zwei Personen, die ganz die gleiche Stellung einnehmen, ganz die gleiche Arbeit bezahlt und behandelt wird. Die Beamten in den betreffenden Stellungen, die übrigens in der Mehrzahl sind, können nicht gezwungen werden, in ein freies Arbeitsverhältnis zu treten. Und es geht nicht an, daß man nur die Vorteile beider Richtungen in Anspruch nimmt, ohne die als Äquivalent gegenüberstehenden Verpflichtungen anzuerkennen. Und es geht ferner nicht an, daß die Kosten für den Interessenkampf zweier Organisationen von der Allgemeinheit getragen werden.

Aber wie man zu diesem allen auch stehen mag, es kann den sozialistischen Mitgliedern des Magistrats die gegen den Abschluß eines neuen Tarifvertrages ausgesprochen haben, nicht der Vorwurf gemacht werden, gegen einen gewerkschaftlichen bzw. sozialistischen Grundsatz verstoßen zu haben.

Gewerkschaftsbewegung

Die Betriebsratswahlen in Oberschlesien.

Die Polen haben ein neues Mittel ausfindig gemacht, um nachzuweisen, daß Oberschlesien polnisch gesinnt ist und an Polen fallen muß. Es haben in letzter Zeit im ober-schlesischen Industriebezirk die Betriebsratswahlen stattgefunden und deren Ergebnis suchen die Polen nun zu ihren Gunsten umzufälschen. Die Berichte erwecken vor allem den Eindruck, als würden die Betriebsratswahlen in sämtlichen Betrieben ausgezählt. Die Berechnung, die man in allen polnischen und ober-schlesischen Zeitungen findet, ist aber falsch. Man hat nämlich herausgerechnet, daß in den auf 89 Oruben veranfaßten Betriebsratswahlen 762 Polen und nur 168 Deutsche, und daß in den Fabriken 377 Polen und 157 Deutsche gewählt worden sind. Wenn die Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder, die in den polnischen Berichten aufgeführt wird, richtig wäre, so müßte es in Oberschlesien nahezu dreimal soviel Betriebe geben als in Wirklichkeit vorhanden sind. Die Feststellung des Gesamtergebnisses ist schon deshalb nicht möglich, weil in einer großen Anzahl von Betrieben die diesjährigen Wahlen infolge des Aufstandes und der jetzt noch nachwirkenden Folgen noch gar nicht stattgefunden haben.

Wenn die Polen das Ergebnis der Biererkommission in Genf als ausschlaggebend vorlegen wollen, so wäre das nur eine neue Irreführung. Die hohen Zahlen, welche die Polen herausgerechnet haben, sind offenbar dadurch zustande gekommen, daß nicht nur die gewählten polnischen Betriebsratsmitglieder, sondern auch die Ersahmänner mitgezählt sind. In den Betrieben, in denen nicht gewählt werden konnte, hat man einfach die Ergebnisse der vorjährigen Wahl eingeseht. Man muß auch berücksichtigen, daß eine große Anzahl deutscher Arbeiter noch immer nicht an ihre Arbeitsstätten zurückgekehrt sind, weil die polnisch gesinnten Arbeiter das nicht zulassen. Allein auf den Werken der Kreise Pleß und Rybnik fehlen etwa noch 12000 in deutschen Gewerkschaften organisierte Arbeiter, die sich noch als Flüchtlinge in anderen Teilen Oberschlesiens oder auch im Reich aufhalten müssen und nicht zurückkehren können. Soweit sie dazu den Versuch gemacht haben, sind sie von polnisch gesinnter Arbeiterschaft wieder verjagt worden.

Von einem polnischen Sieg bei den Betriebsratswahlen kann also nicht die Rede sein. Die Abstimmung des 20. März ist und bleibt dafür entscheidend, das Oberschlesien deutsch ist.

Gescheiterte Verhandlungen im Buchdruckgewerbe.

Die am Montag in Berlin begonnenen Tarifverhandlungen des Tarifausschusses der deutschen Buchdrucker zur Festsetzung neuer Leuerungsbedingungen sind gestern gescheitert.

Nachklänge zum Zimmererstreik.

Der Zentralverband der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgebung, hat für sämtliche Zimmerer die Lohnbedingungen geregelt. Dieses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer geäußerte Lohnabkommen sieht einen Stundenlohn von 7,80 Mark und 15 Pf. pro Stunde für das im Tarifvertrag aufgeführte und vom Zimmermann vorzuhaltende Werkzeug vor. Diese Lohnbedingungen gelten für alle Zimmerer auf allen Arbeitsstellen, wo Zimmerarbeiten ausgeführt werden, mithin auch für sämtliche Metall- und sonstige Fabrikbetriebe. Nachdem nach Abschluß des Streiks die einzelnen Metallindustriellen und Fabrikbesitzer glaubten, die dort beschäftigt gewordenen Zimmerer zu den neuen Lohnbedingungen nicht wieder einzustellen, blieben diese Betriebe für Zimmerer gesperrt. Die Industriellen versuchten nun, durch ein Schreiben an die streikenden Zimmerer, dieselben zur Wiederaufnahme der Arbeit zu gewinnen. Tatsächlich haben sich auch einige dazu verleiten lassen und haben die Arbeit wieder aufgenommen, und zwar noch zu den alten Lohnbedingungen; einzelne haben sogar schon vor der Aufforderung der Arbeitgeber die Arbeit wieder aufgenommen.

So haben bei Vorka, Tegel, von 40 Mann 5 oder 7, Döramwerke, AEG, Brunnenstraße, AEG, Hennigsdorf, AEG, Puttenstraße, AEG, Rabelwerk Oberspree, Oberschöneweide, Abt. Friedrichshagen, Bergemann, Schwarzloppf, Scheringstraße, Deutsche Kadelindustrie, Rieberschneide (an Stelle der Zimmerer ein Tischler), Anorebrenne, Aktiengesellschaft für Anilinbetriebe, Lichtenberg und Stralauer-Kummelbäum, Rotawerke, Wittenau und Gossen, Reindendorf einige Zimmerer die Arbeit wieder aufgenommen. Alle diese Zimmerer und auch die Tischler, die in diesen Betrieben die Arbeit der noch dort streikenden Zimmerleute weiterführen, gelten als Streikbrecher. Wir sind in der Lage, die Namen der einzelnen zu veröffentlichen und werden es sofort tun, sobald sie sich nunmehr von ihrem unsolidarischen und arbeiterschädlichen Verhalten nicht abbringen lassen. Wir appellieren an die Gesamtarbeiterschaft in allen diesen Betrieben, wo ein Zimmermann oder an dessen Stelle ein Tischler Streikarbeit verrichtet, vor allem an die Betriebsräte, die Streikbrecher zu beseitigen, denn unter Kampf ist euer Kampf. Aber auch an die Arbeiternachweise der anderen Verufe und Organisationen richten wir das Ersuchen, nicht, wie es bedauerlicherweise schon vorgekommen ist, in die bestreikten Betriebe Tischler, Stelmacher oder sogar Zimmerer zu vermitteln (Arbeitsnachweis Wasserbauener Straße).

Weiter weisen wir darauf hin, daß alle Kameraden, die vom letzten Streik (ab 27. Juli 1921) noch irgendwelche Streik- oder Familienunterstützung zu erhalten haben, dieselbe bis spätestens am Sonnabend, den 24. d. M., nachmittags 4 Uhr, im Verbandsbureau abzuholen haben. Mit Ablauf des genannten Tages können keinerlei Zahlungen mehr erfolgen und weitere Ansprüche verfallen.

Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.

Der Filzstreik.

Nach wie vor stehen die Arbeitnehmer der Filzindustrie im Streik. Wohl haben es einzelne Unternehmer verstanden, durch ihnen gefügige Kreaturen Teile ihrer Betriebsbelegschaften in die Betriebe hineinzutreiben, z. B. bei der Wfa, Hansa. Doch zeigt es sich bereits, daß all die schönen Versprechungen, die namentlich den kaufmännischen Angestellten dieser Betriebe bei der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit gemacht wurden, ins Gegenteil umschlagen und nunmehr trotz Streikbruchs die Angestellten dieser Betriebe aufs Pfäfler gesetzt werden. Das ist der Unternehmern dank. Die übrige Arbeiterschaft verharret geschlossen im Kampf und läßt sich durch die irreführenden Presse-notizen der bürgerlichen Zeitungen nicht täuschen, sondern wird für die Durchsetzung ihrer Forderungen weiterkämpfen. Das Reichsarbeitsministerium hat Verhandlungen auf Donner-

tag angelegt. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen und der Haltung der Arbeitgeber hierzu wird die Dauer des Streiks abhängen.

Streik im Tiergarten-Hotel.

Der Inhaber des Tiergarten-Hotels, Charlottenburg, hat innerhalb drei Wochen drei Betriebsratsmitglieder auf die Straße gesetzt. Zu Dienstag, den 20. d. M., nachmittags, hatte der Unternehmer eine Betriebsversammlung einberufen ohne Zustimmung der Betriebsratsmitglieder. Die Angestellten hatten für diese Versammlung Vertreter der Organisation erbeten. Als die Kollegen Richter und Grohs vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Caféangestellten den Versammlungsraum betraten, erklärte Herr Lindemann, sie hätten in der Versammlung nichts zu suchen. Als die Vertreter der Organisation darauf hinwiesen, daß sie als gesetzliche Vertreter der Angestellten an der Versammlung teilnehmen müssen, ließ Herr Lindemann den Funktionär Richter vor die Brust. Schließlich ließ er die Gewerkschaftsvertreter durch die Türen aus der Versammlung entfernen.

In einer später einberufenen Betriebsversammlung wurde wegen der brutalen Behandlung der Organisationsleitung von den Angestellten und Arbeitern der Streik beschlossen, nachdem Herr Lindemann den Angekl. W. W. hatte, daß jeder, der zur zweiten Versammlung ginge, entlassen sei.

Organisierte gastwirtschaftliche Angestellte übt Solidarität!

Betriebsräteschule.

Am folgenden, Donnerstag, den 22. September, beginnenden Kursen der Betriebsräteschule können noch neue Hörer teilnehmen: Unterrichtsstätte Berlin C., Sophien-Bezirk, Weinmeisterstraße 16/17, nachm. 5 Uhr: „Sozialisierungsprogramme“ (Zimmer 14). — Unterrichtsstätte Berlin W., Friedrich-Werderisches Gymnasium, Bochumer Str. 8b, abends 7 Uhr: „Betriebswirtschaftliche Statistik“ (Zimmer 30 L). — Unterrichtsstätte Berlin N., Volksschule, Rüttdorfer Str. 48, nachm. 5 Uhr: „Geld- und Bankwesen“ (Zimmer 65); abends 7 Uhr: „Produktionskontrolle durch Buchhaltung und Bilanz“ (Zimmer 65); „Finanzierung der Industrie und des Handels“ (Zimmer 14). — Unterrichtsstätte Berlin SO., Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz, nachm. 5 Uhr: „Wirtschaftsgeographie“ (Zimmer 18). — Unterrichtsstätte Berlin O., Stadt, höh. Fachschule für Textil- und Bekleidungsindustrie, Barckauer Platz 6/8, nachm. 5 Uhr: „Einführung in Staats- und Rechtslehre“ (Zimmer 115); „Der Betriebsrat und seine Aufgaben“ (Zimmer 112); abends 7 Uhr: „Das gesetzliche Schlichtungsverfahren“ (Zimmer 115).

Alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten können an diesen Kursen teilnehmen. Sie erhalten Hörerkarten zum Preise von 6 M. (für Erwerbslose unentgeltlich) im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelauer 24/25, 2. Hof, 1. Auch können sie sich ohne vorherige Anmeldung in die Kurse begeben und die Hörergebühr bei dem in der ersten Unterrichtsstunde zu wählenden Vertrauensmann hinterlegen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.

SPD-Fraktion A. E. G., Brunnenstraße.

Donnerstag nachmittags um 8 Uhr Sitzung bei Krüger, Hufittenstraße. Der Fraktionsvorstand.

Die Beratungen über den Lohnsatz der städtischen Werksangestellten gehen am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium weiter. Die Beratungen über den Manteltarif sind zum Abschluß gekommen, vorbehaltlich der Zustimmung des Gesamtmagistrats und der Vollversammlung der Werksangestellten. Die Verhandlungen wurden im Reichsarbeitsministerium unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums geführt.

Im Tarifstreik der Versicherungsangestellten hat der Reichsarbeitsminister Einigungsverhandlungen auf Sonnabend anberaumt.

Der Internationale Kongress der Textilarbeiter wurde Montag in Paris eröffnet. Es wurde eine Adresse an die streikenden Arbeiter im Departement Nord beschlossen. Der Generalsekretär teilte mit, auf die Einladung zum Kongress habe Rußland nicht einmal eine Antwort erteilt. Auf dem Kongress sind die Schweiz, England, Deutschland, die Tschechoslowakei, Holland, Dänemark, Belgien, Italien und Schweden vertreten.

Deutscher Werksmeisterverband. Reg.-Bezirk 23, Chemnitz, heute abend 7 Uhr Vertrauensmännerversammlung im Rest. Hude, Kopernikusstr. 17. Tarifangelegenheiten.

Zentralverband der Angestellten. Heute, Frauen-, Damen-, Herren- und Herrenwirtschaftektionen: Funktionätersammlung 5 Uhr in den Aminhallen, Kommandantenstr. 26/29. — Damenwirtschaftektion: Öffentliche Versammlung 5 Uhr in Cassebands 17/18, Neue Friedrichstr. 35.

Zentralverband der Schuhmacher. Donnerstag abend 8 Uhr Gruppenversammlung der Ball- und Dampfschuhmacher im Saal 1 des Gewerkschaftshaus, Engelauer 24.

Deutscher Sozialistenverband. Donnerstag 5 Uhr Versammlung aller Strahlhüterberliner bei Wille, Schafstr. 26. Tagesordnung: Das Angebot der Arbeitgeber. — Freitag 5 Uhr Versammlung der Web- und Haarstricker im Gewerkschaftshaus, Engelauer 24, Saal 4.

Deutscher Transportarbeiterverband. Vertretertag, Arbeiter und Arbeiter aus den Journal- und Holzhandlungen Groß-Berlin: Freitag 7 Uhr im Englischen Hof, Alexanderstr. 77, Vollversammlung. Bericht der Lohnkommission. — Brande Elektrotechnischer Großhandel: Donnerstag 6 Uhr bei Biemera, Hülstr. 58, Versammlung. — Chemische Brande: Donnerstag 7 Uhr in den Schulhof-Neustädten, Neue Jakobstr. 24/25, Eingang Schulhofstraße 19/20, Versammlung sämtlicher Funktionäre.

Verantwortlich für den Inhalt: Zell: Viktor Schiff, Berlin; für Anzeigen: 23. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlagsdruckerei u. Verlagsgesellschaft Vorwärts u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, 1. Stock 2. Verlagen.

